GRAUZONE #2

#Grauzone – Die nationalistische und parteifreie Monatszeitung!

Aktuelle Nachrichten gibts im Internet unter www.freier-widerstand.net

Grauzone – Die Zweite!

Ihr haltet gerade die zweite Ausgabe der **Grauzone** in euren Händen. Auch diesen Monat haben wir uns wieder die Mühe gemacht, und die Nachrichten in einer Zeitung zusammengefasst. Doch es bleibt nicht alles beim Alten. Da einige Kameraden in Pommern anscheinend die Arbeit des Systems übernommen haben, durften wir uns für diese Ausgabe nach einem neuen Drucker umsuchen, da dem alten Drucker eingeredet wurde, er dürfe derartige Informationen nicht verbreiten und mit Leuten wie uns nicht zusammenarbeiten. Da bekommt das Wort „Kameradschaft" gleich eine ganz andere Bedeutung...

Inhalt:
In dieser Ausgabe findet ihr die Nachrichten des Monats März. Hauptthema dieser Ausgabe ist die Repressionswelle die – beginnend letzten Monat (siehe **Grauzone** #1 – Seite 1, 2) – diesen Monat im Verbot von 2 Gruppen in Berlin ihren Höhepunkt fand. Wir informieren euch in dieser Ausgabe über gemeldete Anquatschversuche, Hausdurchsuchungen, Organisationsverbote und Festnahmen. So z.B. über die Auslieferung und Inhaftierung von Ernst Zündel und über die ersten Aktionen für seine Freilassung.

Zur Ausgabe:
Die zweite Ausgabe der **Grauzone** erschien anders als die Erste mit einer Auflage von 800 Stk. Da wir durch den Wegfall unseres Druckers ein. Angebot annehmen mussten welches doppelt so teuer ist, können wir in den nächsten Ausgaben auch noch nicht auf 24 Seiten umsteigen, sondern müssen uns fürs erste mit 20 Seiten zufrieden geben.

Preisliste:
Beachtet bitte auch die neue Preisliste die ihr auf Seite 20 und auf www.freier-widerstand.net anschauen könnt. Um noch mehr Verteilerkreise zu schaffen sind wir bei den Preisen für Mehrfachbesteller etwas runter gegangen. Solltet ihr in Kameradschaften usw. aktiv sein, kauft bitte mehrere Ausgaben und verbreitet sie in eurem Bekanntenkreis. So spart ihr Portokosten und ab 50 Ausgaben (können z.B. auf Demos/Konzerten usw. verkauft werden) verdient ihr 5€ durch das Weiterverkaufen. Solltet ihr einen Szeneladen in eurer Gegend haben, fragt doch mal an, ob sie die **Grauzone** bei sich verkaufen können.

Mit besten Grüßen
Eure FW Redaktion

Themen dieser Ausgabe...

Repressionen: KS Tor Berlin und Berliner Alternative Süd/Ost verboten!

Der Berliner Innensenator Ehrhart Körting hat heute die Berliner Alternative Süd-Ost und die Kameradschaft Tor Berlin (inkl. Mädelgruppe) verboten. Begründet wurde das Verbot mit der Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus und einer aggressiv- kämpferischen Haltung der Gruppen.

Als Beweis für diese Haltung wurde das Verkleben von Plakaten zum gedenken an den von Kommunisten ermordeten Sturmführer Horst Wessel und eine Demoanmeldung (!) für eine Demonstration die wegen einem Verbot gar nicht statt fand genannt. Mit dem Verbot sollen auch erneut 10 Wohnungen der durch die Verbote betroffenen Kameraden durchsucht worden sein.*

Dieses Verbot zeigt genau wie bei der FAF, dass neben Parteien auch Kameradschaften nicht vor einem Verbot sicher sind. Anscheinend reichten die bei der Baso/KsTor vorhandenen Strukturen für ein Vereinsverbot aus.

Weiter auf Seite 14...

Antiimperialismus: Mainz: Bush war da – Wir auch!

Auch wenn es die Antifaschistischen Teilnehmer der Anti-Bush-Proteste nicht glauben wollen: Wir waren dabei! Wir, das war eine kleine Gruppe sozialistischer Aktivisten aus dem Norden, die am 23.02.2005 gegen Mittag in der Festung Mainz eintrafen um den König des Imperialismus zu begrüßen.

Was wir dort sahen entsprach allem was man in den Medien in den Wochen zuvor lesen und sehen konnte. Mainz war eine Geisterstadt. An jeder Ecke ein Polizeiauto. Züge wurden gestoppt, Autobahnen gesperrt, Gullideckel zugeschweißt, die Innenstadt in eine Sicherheitszone verwandelt. Um so glücklicher waren wir das man trotz allem in die Stadt reisen konnte um sein Recht auf Versammlungsfreiheit wahrzunehmen. So standen wir nun mitten im Pulk von Punks, Attac-Anhängern, Alt-Kommunisten, Pazifisten, Antifaschisten, Anarchosyndikalisten und allem was sich sonst noch so im „linken" Lager tummelt. Leider war festzustellen das auch die politische Protestbewegung von erlebnissüchtigen „Kids" heimgesucht wird die einfach nur mal betrunken oder bekifft ein Anti-Bush-Plakat tragen wollten. So war es nicht verwunderlich das die Demo wenig mit revolutionären Protesten zu tun hatte und mehr als Parade für zerstörte linke Existenzen erhalten mußte.

Weiter auf Seite 18...

Bericht zur Demo in München

Von: Christian Worch – 03.04.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=390

Die bayerische Landeshauptstadt ist eine Reise wert. Selbst dann, wenn man aus dem hohen Norden kommt, und selbst dann, wenn einem unterwegs das Auto liegen bleibt und man mitten in der Nacht einen Leihwagen organisieren, die ganze Ausrüstung umladen und dann mit Zeitverzug die Reise fortsetzen muß.

Vor Ort angekommen, erfuhr ich in meiner Eigenschaft als VL II (stellvertretender Versammlungsleiter bzw. Versammlungsleiter zwo) vom VL (dem eigentlichen Versammlungsleiter) das erste organisatorische Problem: Der eigentliche Organisator war ausgefallen. Polizeigewahrsam. Man hatte ihn im Vorfeld der Demo durchsucht und war fündig geworden – eine Dose Pfefferspray. Eine kleine Unachtsamkeit, die nicht unbedingt vorbildlich ist. Aber menschlich gesehen ist der Mann entschuldigt – es hatte im Vorfeld der Demo gegen ihn so massive Morddrohungen gegeben, daß sogar die Polizei ihn in amtlicher Eigenschaft gewarnt hatte.

Ähnlich lästig war, daß die Polizei sich nicht an vorherige Absprachen mit den Organisatoren hielt und keine Fahrzeuge im unmittelbaren Versammlungsbereich abparken ließ. So was macht das Erreichen des Kundgebungsortes für manche Teilnehmergruppen dann zu einer Art Spießrutenlauf. Denn auf der Theresienwiese hatten sich schon ein paar hunder Gegendemonstranten eingefunden, die außerhalb einer polizeichen Absperrung Blicke mit den eigentlichen Demonstranten wechselten, bei denen man sich fragen konnte, wer denn hier die durch Gitter geschützten Zuschauer waren und wer die Raubtiere, vor denen man die Zuschauer durch Gitter schützen mußte. Wer immer vor tausenden von Jahren Gitter erfunden hat, sollte postum den Nobelpreis verliehen bekommen – den für Volksbelustigung. Wenn das norwegische Parlament sich eines Tages zusammen mit der Alfred-Nobel-Stiftung entschließt, so einen einzurichten.

Trotz der damit verbundenen Ärgernisse begann die Versammlung mit einer geringeren Zeitverzögerung, als man das von unseren Demonstrationen meistens erwarten durfte – in der Hinsicht funktionierte die bayerische Organisation geradezu vorbildlich preußisch, was ich als Norddeutscher ganz ohne Stammesanimositäten wohl sagen darf.

Innerhalb des Karrees versammelten sich nach späterer Zählung beim Abmarsch ca. 380 Teilnehmer. (Polizeibericht spricht geringfügig untertreibend von 300.) Außen herum mögen es rund doppelt soviele gewesen sein. Längs der Wegstrecke waren es noch ein paar mehr; die genaue Zahl war schlecht festzustellen; der Polizeibericht sprach von zweitausendfünfhundert. Das mag angehen. Eine vorherige Gegendemonstration auf dem Marienplatz mit Münchens (Ober?) Bürgermeister Ude soll nach Berichten unserer Beobachter zwischen tausend und maximal zweitausend Teilnehmer gehabt haben. Da diese wohl größtenteils personenidentisch mit der bunten Mischung aus Punks, Autonomen, ausländischen Mitbürgern und völlig normal wirkenden Bürgern war, die unsere Wegstrecke säumten, kann die Schätzung durchaus hinkommen.

Auf der Auftaktkundgebung – noch auf der Theresienwiese – sprachen der Versammlungsleiter Hayo Klettenhofer und ein NPD-Funktionär, dessen Name ich peinlicherweise überhört habe, weil ich gerade dabei war, die für den mobilen Einsatz vorgesehene Lautsprecheranlage zu montieren. Die für den stationären Einsatz bereits aufgebaute Lautsprecheranlage, die wohl deutlich über 10.000 Watt hatte, war zwar erheblich eindrucksvoller, aber eben nur für den stationären, nicht für den mobilen Einsatz geeignet.

Anfangs des Umzuges flogen ein paar Wurfgeschosse, größtenteils eher harmloser Natur, wie Bananenschalen und Tomaten. Später wurde auch noch mit Milchtüten auf uns geworfen, was sehr anlaßbezogen war, denn am gleichen Tag fand in München eine Bauerndemonstration statt, die sich gegen Billigangebote eines Supermarktes richtete, der Milch offenbar sogar unterhalb des Erzeugerpreises verkauf. Klar, daß die finanziell notleidende Linke dann zu solchen Geschossen (nur 33 Cent der Liter!) griff; Tomaten sind teurer. Als besonders wirtschaftlich empfand ich allerdings die Banenenschalen. Ißt man – wie die Werfer es offenbar getan hatten – die Banene vorher, hat sie einen doppelten Nutzen. Bananen sollen glücklich machen (Erhöhung des Serotoninspiegels oder so), und die Schalen sind dann immer noch als Wurfgeschoß brauchbar. Allerdings war die ballistische Wirkung von Bananenschalen doch eher gering. Und ausgerutscht darauf ist auch niemand, obwohl den Demonstranten – wie üblich! – etliche Formen festeren Schuhwerks per Auflage untersagt waren.

Auf der Zwischenkundgbung sprachen Axel Reitz und Lars Käppler.

Auf dem Rückweg nahm die Zahl der Wurfgeschosse spürbar ab; der Gegenseite war die Munition ausgegangen.

Zur Abschlußkundgebung gab's dann noch eine Rede von mir, und dann begann das musikalische Programm. Dieses wurde von Anett, Michael Müller und der Band „Act of Violence" vorgetragen. Frecherweise hatte das münchner Kreisverwaltungsreferat den Vortrag von allen möglichen Texten von Anett und Michael Müller untersagt, so daß deren Möglichkeiten nun einmal beschränkt waren. Die Band hatte trotz ihres ein wenig gewaltbereit klingenden Namens offenbar ein Repertoire, von dem weit weniger als angeblich indizierungswürdig oder jugendgefährdend untersagt werden konnte; entsprechend länger konnte sie sich entfalten. Musikalisch kann ich dazu nicht viel sagen, weil das nicht meine Stilrichtung ist; aber rein optisch fielen die Jungs von der Band irgendwie angenehm auf. Zwei von ihnen in schwarzen Anzügen mit weißen Hemden, der dritte nicht ganz so bürgerlich, aber immerhin auch noch sehr dezent in schwarzer Hose und schwarzem Rollkragenpullover, hätte man sie vom Anblick her eher für Mitspieler in dem Kult-Film „Men in black" als für eine Rechtsrock-bzw. Skinheadband halten können. Diese unkonventionelle Form der Erscheinung finde ich sehr positiv; sie zeigt, daß wir uns nicht auf Streotypen festlegen oder festlegen lassen.

Die Durchführung eines reibungslosen Abzuges war wegen der Anwesenheit immerhin noch vieler und teilweise gewaltbereiter Gegendemonstranten nicht völlig einfach; erschwerend kam hinzu, daß entgegen der vorherigen Absprache die Fahrzeuge größtenteils nicht am gesicherten Versammlungsbereich geparkt waren, sondern im weiten Umfeld verstreut. Um zu verhindern, daß Einzelne oder kleine Gruppen von einem feindlichen Mob überfallen werden konnten, muß vor allem den den Auswärtigen mancher Umwege und Zeitverluste in Kauf nehmen; dafür aber war die Sicherheit gewährleistet. Was einen kleinen Verlust an Zeit wohl rechtfertigt.

Alles in allem also eine gelungene Aktion; schön, daß es nach rund zweieinhalb Jahren in der bayerischen Landeshauptstadt wieder einmal einen größeren Auftritt von uns gab; und doppelt schön, daß dabei ein öffentliches Rechtsrockkonzert stattfinden konnte, während die radikale Linke bei früheren Gelegenheiten nicht imstande war, ein „Rock-gegen-rechts"-Konzert auf der Theresienwiese durchzusetzen.....

Täter sind keine Opfer - no tears for punks

Von: Siegfried Borchardt – 02.04.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=438

Anmerkungen zum Tod eines Punkers am Ostermontag.

Wer die obige Aussage schockierend findet, war hoffentlich auch schockiert, als ähnliche und schlimmere Sprüche zum 60. Jahrestag der Bombardierung von Dresden gerufen und gezeigt

wurden. So z.B.: "Bombenteppich und die Flut - tuen allen Dresdnern gut!" oder "Bomberharris, tue es noch einmal!"

In jedem Fall sind solche Sprüche dumm und unmenschlich. Nur betreffen sie zum einen, das Mitglied einer gewaltbereiten Szene (Punker), zum anderen Kinder, Frauen und alte Menschen, die immer am meisten unter Terror und Katastrophen zu leiden haben.

Hört und sieht man, seit dem traurigen Vorfall am Ostermontag, die Veröffentlichungen der Linken, so meint man, wir befinden uns im Bürgerkrieg. Ein Gewaltaufruf jagd den anderen. Von politischem Mord, systematischer Linkenhatz, permanenter Bedrohung ist die Rede. Der Polemik sind keine Grenzen gesetzt.

Als im Oktober 1989 der Kamerad Manfred Schmacke, in der Nähe des Rathauses erschlagen wurde, weil Linke und von diesen aufgehetzte junge Ausländer, sich hysterisch über das Wahlergebnis zur Kommunalwahl (7% für die REP´s) aufgeregt hatten, konnte man von einem politischen Verbrechen sprechen. Er und ich waren allein, gegen Dutzende von Angreifern. Ich hielt den Kameraden noch in den Armen, der dann Tage später seinen Verletzungen erlag.

Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Gruppen hingegen gibt es immer und überall. Und nicht selten sind Todesopfer zu beklagen. Nur weil die Gegner zufällig oder vermeintlich auch noch andere politische Sympathien hegen, wird daraus noch lange kein Politikum. Fakt ist: Sowohl den meisten Skins wie Punks geht die Politik eh am Arsch vorbei. Sie haben den gleichen größten Feind (Bullen) und den gleichen besten Freund (Alkohol). Sogar ihre Musik ist fast identisch. Alles andere ist Beiwerk und wird sowohl von Links als auch von Rechts gerne in sie hineininterpretiert. Da beide Gruppen meist auch noch im gleichen Kiez verkehren, Arbeiterviertel mit hohem Ausländeranteil, sind Auseinandersetzungen vorprogrammiert und auch gewollt. Kleiner Unterschied vielleicht, daß die einen sich noch zur Arbeiter- bzw. Arbeitswilligenklasse zählen und die anderen sich schon aufgegeben haben, wobei die Grenzen hier durchaus fließend sind. Wenn ich in einem Wohnviertel mit einem Ausländeranteil von 90% lebe, ist auch die Möglichkeit, daß der Gegner bei einem normalen Nachbarschaftsstreit Ausländer ist, entsprechend groß. Das hat dann auch mit Ausländerfeindlichkeit nichts zu tun, sondern ist eine logische Folge. Wenn sich Rockerbanden oder Hoolgruppen untereinander bekriegen, wobei auch eine Seite vermeintlich mehr Symphatien für Rechts oder Links haben kann (Hells Angels : Bandidos/BVB : St.Pauli), und wobei es durchaus auch zu Verletzten oder Toten kommt, wird auch nicht gleich ein "Bürgerkriegsszenario" heraufbeschworen.

Also, was soll der Scheiß?! Wem nützt es?! Die Machthaber freuen sich wieder ´nen Ast. Können sie doch so schön wieder auf beide Seiten draufhauen und von ihren eigenen Problemen und Verbrechen ablenken. Aber so lange die Volksgenossen nicht verstehen, daß die Grenze nicht zwischen Links und Rechts verläuft, sondern zwischen Oben und Unten, wird sich daran wohl nichts ändern.

So bleibt mir nur ein kleiner Appell: Haltet den Ball flach und macht es den Herrschenden nicht zu einfach!!!

Friede den Hütten, Kampf den Palästen!!!

Siegfried Borchardt, Dortmund
Nationaler Sozialist im freien Widerstand

Erster Erfolg durch die Doppeldemo in Frankenthal/Worms

Von: AB Rhein-Neckar – 31.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=431

Das die Antifa wegen der Doppeldemonstration nationaler Kräfte am 1. Mai in der Rhein-Neckar-Region ihre traditionelle revolutionäre 1. Mai Demonstration in Mannheim ausfallen lässt, sehen wir durchaus als ersten Erfolg. Dies beschreibt auch ganz gut die Lage, in der sich die extreme Linke hier (und auch im Rest des Landes) befindet. Statt dem Bürger Konzepte der eigenen politischen Vorstellungen zu präsentieren und Protest gegen das System auf die Straße zu tragen, begnügen sich die Linksautonomen damit, uns hinterher zu fahren. Ob das nun daran liegt, dass die Linken fürchten, bei einer eigenen Demo nicht mehr genug Kräfte mobilisieren zu können, daran, dass sie gar keine eigenen Konzepte haben oder sogar daran, dass sie eingesehen haben, dass ihre Ideen schon lange das Haltbarkeitsdatum überschritten haben, ist zweitrangig. Wichtig ist nur, dass wir sogar bei solch einem wichtigen Datum wie dem 1. Mai, gerade auch für die Linken, die Wochenendplanung der Linksautonomen und Alternativen übernommen haben und ihnen diktieren, wo sie und wann sie auf der Straße zu stehen haben. Egal wie der 1. Mai 2005 ausgeht, dieser Erfog bleibt uns...

Die jetztige Linke hat den Charakter eines Wanderzirkuses: Sie reist den Nationalisten hinterher um deren Demonstrationen zu stören und reagiert nur noch, agieren tut sie schon lange nicht mehr! Die heutige Linke hat ihre ursprüngliche Ideologie verraten und fungiert nur noch als Fußtruppen des brd-Systems. Dieses System finanziert deutschlandweit einige linke Jugendklubs, vergibt Fördergelder für sogenannte antifaschistische Programme und hält sich doch in den letzten Jahren stark mit staatlicher Repression gegen linke Gruppen zurück. Und dieses System bekämpft man offiziell? Fasst ein neutraler Beobachter diese Doppelmoral der deutschen Linke nicht als sehr scheinheilig auf?

Wir marschieren am 1. Mai in Frankenthal und Worms und die Reaktion bestehend aus Spießbürgern, Politbonzen und Antifas schaut zu!

In Verden gegen das asoziale System

Von: AB Norddeutschland – 29.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=430

Der nationale Widerstand kommt am 02. April in die Allerstadt, um auch hier Flagge zu zeigen gegen das asoziale System und seine Auswüchse. Ob es den selbsternannten Vorzeigedemokraten nun gefällt oder nicht. Sollen sich diese spießbürgerlichen, machtversessenen Politbonzen und ihre Steigbügelhalter von der kriminellen Antifa gerne vor Wut sonst wohin beißen und mit Haß und Hetze gegen uns Krach schlagen - es wird ihnen nichts nützen! Weder hier noch anderswo wundert es uns, daß etablierte Bonzen vom Bürgermeister bis zum Geheimdienstchef Hand in Hand mit dem roten Schlägermob marschieren, den die etablierte Politik der letzten Jahrzehnte mit ihrem Liberalismus selbst zu verantworten hat. Wohin die grenzenlose Toleranz der etablierten Politik geführt hat, davon kann sich inzwischen jeder Volksgenosse selbst überzeugen: Massenzuwanderung, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, geplünderte Rentenkassen, Billionenfache Staatsverschuldung, Ausverkauf der deutschen Wirtschaft. Und warum? Weil das von uns erwirtschaftete Geld seit Jahrzehnten mit vollen Händen ins Ausland und für Ausländer ausgegeben wird. Das ist die sogenannte Menschlichkeit, die sich jetzt immer mehr als sozialfeindliche Unmenschlichkeit gegen das eigene Volk richtet!

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, daß diese etablierten Versager am 02.April in Verden in ihrem eigenen Saft schmoren wollen mit ihrem peinlichen "Aktionstag gegen Rechts". Da kann der normale Volksgenosse wenigstens ganz genau unterscheiden! Die anderen stehen für das alte, abgewirtschaftete System - wir stehen für einen Neuanfang Deutschlands! Und wir hoffen, daß sich möglichst viele Volksgenossen nicht von dem irrsinnigen Polizeiaufgebot und gewalttätigen Linken davon abhalten lassen, unserem friedlichen Marsch beizuwohnen. Mit diesem Marsch wollen wir auch ausdrücklich unsere Solidarität mit den Bewohnern und Unterstützern des Heisenhofes in Dörverden zeigen, die in den letzten Monaten ins Visier der selbsternannten "Demokraten" geraten

sind. Schluß mit der Kriminalisierung und Hetze gegen den Heisenhof!

Finanzielle Unterstützung für NPD Wahlkampfhelfer?

Von: Christian Worch – 26.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=425

Vor einigen Tagen wurde im Störtebeker Netz und bei Altermedia ein Text[1] veröffentlicht, der sich kritisch mit der Bezahlung freier Nationalisten auseinandersetzt, die der NPD bei ihrem Wahlkampf in NRW helfen. Nach Ansicht des Störtebeker Netz sei es u.a. unmoralisch, der NPD gegen Bezahlung in ihrem Wahlkampf zu helfen (Das Geld sollte nicht für persönliche Dinge, sondern für die regionalen Strukturen eingesetzt werden). - FW Redaktion

Hierzu bezieht Christian Worch wie folgt Stellung:
(Zitat Störtebeker)
Natürlich kommt eine finanzielle Entlohnung nicht in Frage und auch eine finanzielle Unterstützung bestimmter Organisationen aus Mitteln der Wahlkampfkostenerstattung ist der NPD nicht zumutbar. Das ist einzusehen. (Zitat Ende)

Da hab' ich eine andere Ansicht. - Du hast richtig darauf verwiesen, daß es ja auch die Möglichkeit gäbe, parteifreie Personen entsprechend auf der Kandidatenliste (mit sogenannten "prominenten" oder "sicheren" Listenplätzen) zu bedenken. - Indes ist das nicht immer eine geeignete Alternative, und zwar aus zwei Gründen.

Der wesentliche Grund ist:

Was, wenn bei einer Landtagswahl auch bei massivster Unterstützung durch parteifreie Kräfte ein Erreichen der 5-%-Hürde als ausgeschlossen oder sehr, sehr, sehr unwahrscheinlich gelten muß?

Dann haben parteifreie Kräfte überhaupt nichts davon, daß im Falle eines Einzuges der Partei einige von ihnen Landtagsmandate besetzen würden, weil eben ein solcher Einzug nicht stattfinden würde. - Für die Partei aber ist es rein finanziell durchaus von Bedeutung, welches Ergebnis unterhalb von 5 % sie hat. Da bringt nämlich jede einzelne Stimme bares Geld in Form von Wahlkampfkostenerstattung. (Außer, wenn das Ergebnis unter 1 Prozent bleibt, dann gibt es gar nichts.) Aber rechne dir bitte mal aus, was ein Prozent mehr oder weniger bei rund 13 Millionen Wählern ist...

Ein weiterer Grund ist:

Solange die Partei wie in NRW zwar vereinzelt parteifreie Kandidaten auf sogenannten "sicheren" Listenplätzen aufstellt, diese aber ausschließlich nach ihrem eigenen Gutdünken wählt und nicht in Übereinstimmung mit den personalstarken parteifreien Gruppierungen, gibt es für diese auch keinen Grund, eine solche Kandidatur zu unterstützen. Schließlich sind sich auch nicht alle, die parteifrei sind und es zu bleiben gedenken, in allem einig. Der Preis für eine allgemeine Unterstützung ist ein allgemeiner Konsens. Findet man nur einen partiellen Konsens, wird man nur von einem Teil der Leute unterstützt. So einfach ist das. Wählt man Kandidaten aus, die ihrerseits selber nur einen schwachen personellen Rückhalt haben, darf man sich nicht wundern, wenn das für die breite Masse parteifreier Aktivisten KEIN Grund ist, die Partei in ihrem Wahlbemühen zu unterstützen.

Also sind schon Konstellationen vorstellbar, bei denen gewissermaßen die "Verrechnungseinheit" Mark und Pfennig oder EURO und Cent sind. Ihr wißt beispielsweise, daß die NPD es nötig hatte, für die Sammlung der Unterstützungsunterschriften im Wahlkreis Bochum I eine kommerzielle Werbefirma zu beauftragen. Ob wirklich nur für diesen Wahlkreis oder nicht, ist zur Zeit unbekannt. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß es sich für eine in MÜNCHEN ansässige Firma lohnt, einen solchen "Deal" mit der NPD für nur einen Wahlkreis zu machen. Es sei denn, die Münchner Firma hätte direkt in Bochum oder in der Nähe eine Niederlassung, eine Filiale. Davon aber ist nichts bekannt. Also ist meine persönliche Vermutung - auch wenn sie zur Zeit natürlich nicht beweisbar ist -, daß es da wohl eine entsprechende Vertragsvereinbarung für weit mehr als nur einen Wahlkreis mit den nötigen 100 bzw. mit Überhang 120 Unterschriften gab bzw. gibt.

Was ist unmoralisch daran, wenn parteifreie Kräfte, die in einer einseitigen Unterstützung der NPD keinen Sinn sehen, für das, wofür später eine gewerbliche Firma angeheuert wird, ihrerseits Zahlung in barem Geld verlangen oder eben ihre Arbeitszeit lieber eigenen (parteifreien) politischen Projekten widmen?! Wenn das unmoralisch ist, dann ist es genauso unmoralisch, daß die NPD überhaupt eine Werbefirma mit dem Unterschriftensammeln beauftragt hat, weil ihre eigenen personellen Kräfte und der schwache Anhang von Christian Malcoci und Daniela Wegner das nun mal nicht leisten konnten.....

Wenn's euch interessiert, könnt ihr ja mal versuchen, nachzuforschen, was diese 120 Unterschriften eigentlich gekostet haben. Ich weiß es nicht. Aber ich kann es abschätzen. Ungefähr. Im günstigsten Fall bekommt man zwei Unterschriften pro Stunde. (Eher weniger, aber ich rechne mal großzügig.) Das wären also 60 Mannstunden. Was berechnet ein gewerblicher Betrieb pro Mannstunde?! Da ist ja nicht nur der Mitarbeiter zu zaheln (der wohl Billiglöhner sein dürfte), sondern auch Steuer, eigene Verwaltungskosten und so weiter; und dann will eine Firma ja auch noch Gewinn machen, zwingenderweise. Ich glaube nicht, daß von einem solchen Gewerbebetrieb die Mannstunde für weniger als 25 EURO zu kriegen ist. (Und auch das ist noch großzügig niedrig gerechnet.) Wären bei 60 Mannstunden also 1.500 EURO. Und das für EINEN Wahlkreis. NRW hat 128. Von denen die NPD angeblich - nach Angaben des NRW-VS - bisher in erst rund einem Drittel die nötigen Unterschriften zusammen hat....

Wenn diese VS-Angabe richtig ist und wenn die NPD nicht gewaltig nachlegen kann, dann hieße das, daß die NPD nur in rund einem Drittel der Wahlbereiche von NRW zu wählen wäre. Was wiederum hieße, daß sie dort jeweils rund 3 % haben müßte, um im ganzen Land auf 1 % zu kommen. Und damit überhaupt die Grenze der Wahlkampfkostenerstattung zu erreichen...

Also läßt sich sehr leicht errechnen, welchen Wert allein die 3.000 Unterstützungsunterschriften darstellen würden, die man nach einem im Spätherbst letzten Jahres gehabten Vorgespräch von parteifreien Kräften zu erlangen erhofft hat!

Interessant ist übrigens ein Punkt, der bei der Erörterung gelegentlich untergeht, auch wenn er sich aus meinem Papier mit einwandfreier Klarheit ergibt.

Die NPD in Nordrhein-Westfalen hat im Herbst - Stand Anfang Dezember - durchaus bekundet, daß sie bereit sei, als Gegenleistung für diese Unterstützung 20 % der Wahlkampfkostenerstattung den Kameraden zur Verfügung zu stellen. Es ging nur noch um die Modalitäten. Die NPD wollte die Hand auf dem Geldhahn behalten. Warum eigentlich, wenn das ein ehrlicher Vertrag sein soll?! - Aus formalen und buchalterischen Gründen, wurde behauptet. - Nun, eine Alternative, wie man diese Probleme umgehen kann, habe ich aufgezeigt. Wozu bin ich gelernter Vertragsrechtler?! Du erinnerst vielleicht, daß mein Ausbilder in diesen Dingen der Mann war, der später ein Jahrzehnt lang erster Bürgermeister von Hamburg war, Dr. jur. Henning Voscherau, nunmehr wieder als Notar in Hamburg tätig. Ich hoffe mal, daß allein der Name meines damaligen Lehrherrn und Ausbilders für eine gewisse Qualität bürgt, zumindest von der fachlich-juristischen Seite her! - Aber ab dem Moment, wo das konkret auf dem Tisch lag, herrschte Schweigen im Wald. Das kann man als sehr bezeichnend betrachten. Als Ausdruck von Ehrlichkeit und wirklich gutem Willen der anderen - parteilichen - Seite sehe ich das nicht mehr an. Sonst hätten sie nämlich ihre Einwände dagegen vortragen können, gleichviel, ob direkt mir gegenüber oder

---

1 www.stoertebeker.net/blog/index.php?p=437

auf dem Umweg über Siggi Borchardt oder Axel Reitz.

Nö, in dem Moment, wo es konkret wurde, wo Positionen für die "Partner" außerhalb der Partei geschaffen werden sollten, die diese "Partner" WIRKLICH zu Partnern machen, sie mit Rechten ausstatten, mit formalen, nötigenfalls einklagbaren Rechten, da herrschte dann wieder Schweigen im Walde.

So war das immer. So ist das noch immer. Und ich vermute, das wird weiterhin so bleiben.

Ich hab' mir gerade vor etwas über einer Woche ein wenig genauer angehört, wie die Kameraden, die in Schleswig-Holstein den Wahlantritt der NPD unterstützt haben, behandelt worden sind. Daß sie nicht mal zu fressen gekriegt haben und die versprochene Erstattung von Treibstoff nur nach intensiver Intervention, wobei einige ihrem Geld wohl immer noch hinterherlaufen, weil angeblich die eingereichten Quittungen irgendwo verschollen sein sollen.... Wohlgemerkt, wir sprechen da NUR vom Treibstoff. Ihr seid ja keine Autofahrer, nehme ich an, aber da ihr im Raum Stralsund beheimatet seid, erkundigt euch doch mal beispielsweise bei Robert Rupprecht vom Freundeskreis AVANTI, der ja wesentlich häufiger für die NPD unterwegs ist, soweit ich mich erinnere. Bitte fragt ihn einmal. Fragt ihn mal, wenn er sagen wir 10.000 Kilometer durch Deutschland fährt, was ihn das einerseits an Treibstoff kostet und andererseits an Verschleißreparaturen und an Wertverlust für sein Fahrzeug.... Ihr werdet dabei feststellen, daß die letztgenannten beiden Kosten unter dem Strich meistenteils höher liegen als die Treibstoffkosten. Ich kenn' diese Dinge ja nun seit 21 Jahren; solange bin ich nämlich Kraftfahrer mit einer regelmäßigen Jahresleistung von über 50.000 Kilometern.

Wenn eine "Volksfront" nach dem Zwei-Klassen-Prinzip funktionieren soll, heißt also, daß alle gemeinsam die Arbeit tun, aber nur die, die der Partei angehören, davon den Nutzen haben und zumindest ihre Kosten erstattet bekommen, dann nenne ich das nicht "Volksfront", sondern es hat für mich den Geruch einer kapitalistischen Ausbeutung.

Mit besten Grüßen
Christian Worch

Essen: Repressionen gegen Demo-organisatoren

Von: Demo Sonderseite – 26.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=422

Am Donnerstag um 12.00 Uhr sollte ein Kooperationsgespräch mit der Polizeiführung in Essen stattfinden. Auf dem Weg zum Polizeipräsidium wurden drei KameradInnen von Zivi-Bullen [Diese schlichen den KameradInnen schon seit einigen Minuten hinterher, so z.B. in eine Telekom-Filiale hinein und wieder heraus. Diese Observation erscheint in Anbetracht dessen, dass die drei KameradInnen in keinster Weise als "Nazis" zu erkennen waren, oder sich sonst irgendwie auffällig verhielten doch sehr seltsam.] aufgehalten. Als Anlass dafür nahmen die Beamten eine sachliche Bemerkung die einem SPD Infostand galt.

Die übereifrigen Beamten waren nach der Personalienüberprüfung wohl der Meinung, dass sie hier drei "große Fische" an der Angel hätten. Sich mit diesem Fang schon im Polizeipräsidenten-Sessel sitzen sehend, wurden auch schnell die Rucksäcke durchsucht. Dabei wurde Allerlei herausgeholt was vermeintlich die Straftatbestände §86/86a erfüllen sollte. Prompt wurde ein Kamerad über eine Stunde hinweg auf einer Polizeiwache festgehalten. Das Kooperationsgespräch konnte dann mit Verspätung im Polizeipräsidium stattfinden. Dieses verlief aber leider gar nicht zu unserer Zufriedenheit. Im Anschluß an das Kooperationsgespräch wurde derselbe Kamerad noch über eine Stunde aufgehalten, unter anderem Zwecks einer ED-Behandlung. Später wurden dann jedoch alle beschlagnahmten Sachen wieder herausgegeben, da der vermutete Straftatbestand definitiv nicht erfüllt werden konnte. Was sich die Stadt Essen von "lebenslangen Hausverboten" im Stadtrat, Observierungen und einem vermeintlichen Kooperationsgespräch [welches uns anscheinend lediglich vermitteln sollte, dass man uns am 16.04. soweit Abseits wie möglich durch Essen laufen lassen möchte, und das auch nur so kurz wie möglich] verspricht, ist uns nicht ganz klar. Möchte die Stadt Essen diese EINE Demonstration weitestgehend behindern und im Gegenzug dafür, in Zukunft VIELE andere Demonstrationen in der Stadt haben?! Wir nehmen jede "Einladung" von Stadt und Polizei natürlich herzlichst an!

Bericht zur Demo in Dresden

Von: Freier Rundbrief Dresden – 26.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=423

Um sich mit dem Thema antifaschistische Gewalt auseinander zusetzen und dies in die Öffentlichkeit zu tragen, veranstaltete der Freundeskreis Venceremos eine Demonstration am 19.März durch den Dresdner Stadtteil Neustadt. Eingangs sei erwähnt, dass sich der Name des Freundeskreises auf die Weltnetzseite der Dresdner Antifaszene bezieht, da man der Meinung ist, dass es ohne uns Nazis ihrerseits gar keine Berechtigung gäbe. Somit erfüllen Antifaschisten nur den Zweck der Reaktionäre und stellen sich somit im Dienste des politischen Systems.

Termine

An dieser Stelle informieren wir euch über anstehende Veranstaltungen. Weitere Informationen zu den Veranstaltungen findet ihr auf www.freier-widerstand.net

16.04.2005 – Essen
Keine Waffen für Israel!
Atomwaffen verschrotten!
// 11 Uhr Hauptbahnhof
+ www.demo-essen.tk

16.04.2005 – Erfurt
Sozialismus ist machbar! Nationaler Widerstand für soziale Gerechtigkeit!
// 12 Uhr Anger
+ 0179/5457968 u. aktionsbuero.org

16.04.2005 – Seebad Ahlbeck
Sechzig Jahre Befreiungslüge - Wir feiern nicht!
// 11 Uhr Hauptbahnhof
+ 0172/4775010 und www.snbp.info

01.05.2005 – Leipzig
Tag der deutschen Arbeit
// 12 Uhr, HBF (Ostseite)
+ www.widerstand.info/1mai/

01.05.2005 – Frankenthal/Worms
Tag der deutschen Arbeit
// 11 Uhr, HBF Frankenthal
+ www.ab-rhein-neckar.de/1mai/

01.05.2005 – Neubrandenburg
Tag der deutschen Arbeit
// 12 Uhr, Hauptbahnhof
+ 0172/4775010 und 0162/5357204

08.05.2005 – Delitzsch
Gegen Kriegstreiberei u. Fremd-verwaltung unterdrückter Völker
// 12:00 Busbahnhof „Unterer Bahnhof"
+ 8.Mai-Delitzsch.info@web.de

15.05.2005 – Wuppertal
§130 und §86a abschaffen
// 11 Uhr, Hauptbahnhof
+ www.demo-wuppertal.tk

25.05.2005 – Weimar
4.Thüringentag der nationalen Jugend
// 12 Uhr, Theaterplatz Weimar
+ www.aktionsbuero.org

11.06.2005 – Jena
Fest der Völker
// 10 Uhr, Marktplatz
+ www.n-w-j.de

18.06.2005 – Braunschweig
Sozialabbau, Rentenklau und Korruption - Nicht mit uns!
// 11 Uhr, Hauptbahnhof
+ 0175/8588214

25.06.2005 – Erfurt
Sozialismus ist machbar! Nationaler Widerstand für soziale Gerechtigkeit!
// 12 Uhr Anger
+ 0179/5457968 u. aktionsbuero.org

20.08.2005 – Wunsiedel
Rudolf Hess Gedenkmarsch
// es liegen keine Informationen vor
+ widerstandnord.com/wunsiedel/

12.11.2005 – Halbe
Heldengedenken
// es liegen keine Informationen vor
+ www.widerstandnord.com/halbe/

Treffpunkt war der Vorplatz des Neustädter Bahnhofes, der von einem riesigen Aufgebot der Polizei belagert wurde. Gegen 14.00 Uhr sammelten sich bis zu 300 Kameradinnen und Kameraden (Pressemeldung 280) und nach anfänglichen Schwierigkeiten bezüglich der Zulassung von Ordnern und der Funktionsfähigkeit der Lautsprecheranlage setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung. Da das Problem des Abspielens von Musik nicht zufriedenstellend behoben werden konnte, verzichtete man auf diese akustische Unterstützung, was aber durch den Kameraden Lutz Giesen wett gemacht werden konnte. Lutz Giesen begleitete den gesamten Demonstrationsweg mit Durchsagen über das Anliegen der Demonstration und machte somit auch auf Strukturen und Personen der antifaschistischen Szene in Dresden aufmerksam. Entlang der Demonstrationsstrecke, bis zum ersten Kundgebungsplatz auf der Rudolf-Leonhard-Straße, entfaltete sich der angekündigte Widerstand der Gutmenschen und antiFASCHISTEN eher dürftig und erreichte nicht das Ziel, uns gar nicht erst in die Neustadt zu lassen. Auf der Rudolf-Leonhardt-Straße, in Augenweite zum Alternativen Zentrum Conni (AZ-Conni) fand dann die erste Kundgebung statt, wo Peter Naumann in seiner Rede auf das Freund-Feind Schema im besonderen Bezug zum Antifaschismus einging. Nach dieser Ansprache ging es weiter Richtung Schauburg, mit dem eigentlichen Ziel des Alaunplatzes. Jedoch sperrten Kräfte von Polizeieinheiten den Bischofsweg ab der Kreuzung Schauburg ab, mit der Begründung, man könne die Sicherheit der Demonstrationsteilnehmer nicht mehr gewährleisten. Nach anfänglichen Diskussionen mit der Versammlungsbehörde, entschlossen wir uns somit, die zweite Kundgebung mitten auf der Kreuzung Königsbrücker Straße/Bischofsweg abzuhalten. Hier ging Lutz Giesen am Beispiel des Multifunktionär Thomas Hannich auf die Verflechtung von bürgerlichen Pseudovereinen und geplanten gewalttätigen Aktionen ein. Ein Bericht zu dieser Thematik wird in nächster Zeit gesondert folgen.

Da die Versammlungsbehörde und die Polizeieinsatzleitung nicht gewillt war, die geplante Demonstrationsstrecke über den Bischofsweg Freizuräumen, verkürzte sich die restliche Strecke zum direkten Weg hin, zum Ausgangspunkt dem Bahnhof Neustadt, wo die Versammlung aufgelöst wurde. Fazit: Für eine Demonstration von 300 Menschen benötigte man ein Polizeiaufgebot von 1500 Beamten, samt schwerer Gerätschaften wie Räumpanzer und Wasserwerfer. Dieses Aufgebot spiegelt die Zustände dieser so hochgehaltenen Demokratie wieder, wo besonders die selbsternannten Gutmenschen und antiFASCHISTEN dazu aufriefen, eine genehmigte Versammlung zu behindern und zu verhindern. Hervorgetan haben sich hierbei wieder einmal die Gewerkschaften, SPD, PDS, Grünen sowie allerlei antifaschistische Gruppierungen. Freie Kräfte aus Sachsen werden weiterhin antifaschistische Strukturen aufdecken und Kriminelle Gewalttäter aus der Anonymität herausholen.

Erzkonservative Volksfeinde

Von: FN Südhessen – 23.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=419

Dieser kurze Artikel soll sich mit einer bestimmten Gruppe des nationalen Spektrums befassen: den Konservativen. Gerade, da sich jetzt durch die NPD und deren Wahlerfolg in Sachsen ein vermehrtes Interesse im nationalen Spektrum an dem parlamentarischen Geschehen zeigt, kommt es auch proportional dazu immer mehr zu undurchdachten und naiven, um nicht zu sagen gefährlichen, Ansichten (die Form dieser Gefahr wird später erläutert werden). Besonders zielt der Verfasser hier auf die untragbare Meinung ab, daß man sämtliche nationale Parteien (von Gruppen gar nicht zu sprechen) unterstützen solle. Es sei ja, so die Rechtfertigung, immer noch besser, wenn bspw. die „Republikaner" Stimmen bekämen, als die PDS. Und man würde somit die „nationalste Partei" fördern, die es eben gerade auf dem Wahlzettel gäbe.

Welch ein unglaublicher Unsinn! Die Frage die sich jetzt erstmal stellt ist, wo man in diesem geistigen Wirrwarr zuerst aufräumen soll.

Es ist doch ein Hirngespinst, wenn man sagt, daß man eben mal seine Kräfte für „die Partei einsetzt, die vorgibt (!) am Nationalsten" zu sein. Wo ist denn letztlich der Nutzen davon? Wer kennt denn - um bei den Parteien zu bleiben - die Forderungen der REPs? Wer hat sich ernsthaft mit diesen auseinander gesetzt?

Die REPs sind keine Hoffnung, keine Rettung für Deutschland und das deutsche Volk. Sie sind eine Gefahr! Nichts mehr und nichts weniger! Sie sind eine Gefahr, da sie, genauso wie die CDU/CSU Potential am sogenannten rechten Rand abschöpfen, um dieses dann durch ihren bürgerlich-konservativen Parteienapparat und dessen Nullideologie ruhigzustellen. Man will verhindern, daß der revolutionäre Flügel des nationalen Spektrums weiter an Zulauf gewinnt. Gerade deswegen betreiben die REPs auch eine solch enorme Hetze gegen jene, die ernsthafte, d.h. positive Veränderungen anstreben. Seien dies nun die „freien Kameradschaften" (laut REP-Vorsitzenden Rolf Schlierer „militante Neonazis") oder aber die NPD, sie alle „[träumen] vom neuen nationalen Sozialismus und von einer neuen Diktatur der Volksgemeinschaft", so der REP-Vorsitzende in reißerischem Tone weiter.

In einer Selbstdarstellung erläuterte Schlierer zudem vier Punkte für welche die REPs eintreten und vier „Contrapunkte" ihrer Anschauung.

Die Republikaner stehen ein für „den Erhalt des deutschen Nationalstaates und unserer Verfassung". Welch Hohn!? Man tritt also für den Nationalstaat ein - wir revolutionären Kräfte verwerfen diese Meinung. Wir kämpfen für das Volk, denn wir wissen, daß erst ein gesundes Volk die Grundlage eines gesunden Staates ist. Man will zudem eine Verfassung erhalten, die es de facto gar nicht gibt, sondern nur ein Grundgesetz. Dies dürfte auch einem Herrn Schlierer bekannt sein. Ihm hier Unwissenheit zu unterstellen wäre demnach falsch - es ist eiskaltes Kalkül im Sinne der herrschenden Kaste!

Weiterhin wird die allseits bekannte Phrase gedroschen, daß man die parlamentarische Demokratie erhalten will... Darf man denn heutzutage im Großen etwas Anderes äußern??? Trotz allem haben Sie hier mal wieder gut ihre Systemtreue, Angepaßtheit und ihr Duckmäusertum mit Bravour unter Beweis gestellt, Herr Schlierer!

„Für die Mitwirkung und Mitarbeit in Parlamenten auf allen Organisationsebenen". Hoffen wir, daß es nie soweit kommen mag!

(Und jetzt noch ein absoluter, geistiger Kracher!) „Für Reformen unseres Gemeinwesens. Gegen Sozialismus jedwelcher Spielart." Was stellen sich diese realitätsfernen Hampelmänner eigentlich vor bzw. besser gesagt, was denken sich jene dabei, welche diese auch noch wählen?! Zeigt doch dies eindeutig, daß sie nur ein weiterer Spielball im kapitalistischen Machtspiel sind. Das Teuflische an dieser Sache ist ja, daß sich nun aber die REPs mit ihrem nationalen Anstrich, als ein durch-und-durch kapitalistisch-verseuchtes Aushängeschild präsentieren. (Noch) zu Wenige nehmen von dieser Tatsache Kenntnis. Wer sich gegen den Sozialismus stellt, stellt sich gegen die Gemeinschaft und folglich gegen das Volk.

Auf der „REP-Gegen-Seite" findet man Gutmenschen-Gelalle oberster Güte, daß ebenso gut von etablierten Parteien hätte kommen können. Man ist gegen (und jetzt beginnt die absolut BRd-konforme Aufzählung): Nationalsozialismus, übersteigerten Nationalismus, Antisemitismus, Antigermanismus, Nationalmasochismus, Gewalt, Verharmlosung des NS-Regimes und Volksfronten jeglicher Art. ...puh, daß war wirklich die basisdemokratische Breitseite, nicht wahr?!

Eines muß jeder nun erkennen: die Republikaner sind eben keine Partei, die für unser deutsches Volk und Land das

Beste wollen. Diese Partei ist eine Ansammlung von erzkonservativen und bürgerlichen Popanzen, die Angst um ihr Hab und Gut haben. Niemals würden sie auch nur die kleinste Gefahr eingehen, die sie ihrer friedlichen, kleinbürgerlichen Existenz berauben könnte.

Wer denkt, daß er durch ein paar Verbesserungen hier und ein paar Abänderungen dort das ganze System um 180 Grad wenden kann, der muß als schwerstens geistesgestört gebrandmarkt werden. Hier sind nicht 5%, 10%, oder 20% falsch. Das haben wir nationalrevolutionären Kräfte schon lange erkannt. Daher suchen wir eben nicht die Fehler im System, denn wir haben den Hauptfehler schon ausgemacht - das System an sich!

Es muß in allen Bereichen zu grundlegenden Änderungen kommen. Wir klammern uns nicht an irgendwelche Reliquien unserer Besatzer wie bspw. einer angeblichen „Verfassung". Wir wollen davon nichts erhalten, eben nichts „konservieren".

Wenn sich aber nun diese Partei konsequent nicht nur zu diesem Besatzer-Regime bekennt, sondern zu allem Überdruß auch noch gegen revolutionäre Kräfte wirkt, dann kann dies nicht schweigend hingenommen werden.

Es muß jedem verdeutlicht werden, daß die REPs nicht wählbar sind für Personen der deutschtreuen Bewegung - auch wenn sie die einzigste Partei auf dem Wahlzettel wären! Sie haben sich mit diesem System und seinen Auswüchsen seit Anbeginn arrangiert und daher steuern sie genauso wie dieses auch auf den unausbleiblichen Untergang zu.

Die REP sind eben nicht besser als die SPD, die CDU oder die PDS! Sie sind doch gerade das Gegenteil, nämlich noch viel schlimmer, da sie ihre Todesbotschaft für unser Volk in einen nationalen Umzug stecken (der „Wolf im Schafspelz"!).

Diese bürgerlichen Vertreter des Nationalismus - und dabei ist es nun gleich, ob es die REP, CSU, die „Junge Freiheit", konservative Verbände,... sind - binden Kräfte, Personen und Mittel, die ohne deren (für das deutsche Volk gesehen) nutzlose Existenz dem revolutionären Flügel zur Verfügung stünden. Wer weiterhin diese unterstützt, wer sein Kreuzchen bei diesen setzt, wer Flugblätter bei Wahlkämpfen verteilt, Werbung für diese tätigt... der sorgt dafür, daß uns (!) weiterhin diese Mittel, Personen und Kräfte vorenthalten bleiben. ...und zwangsläufig und in letzter Konsequenz propagiert man dadurch auch den Niedergang unseres Volkes.

Sorgen wir endlich dafür, daß diese erzkonservativen Gesellen aus ihren liberal-kapitalistischen Träumen geschüttelt werden und prangern wir diese als das an was sie sind. Denn wir, die wir doch diese „undefinierte, neue Volksgemeinschaft" (Zitat Schlierer) wollen, können doch gar nicht anders als deren Gegner als das zu erkennen und zu benennen was sie nun mal unumwunden sind: Volksfeinde!

Alle Zitate von R. Schlierer nach „Die Aula"; Seite 20 - 21; Graz; März 2005

Wichtige Details aus dem Landser- Prozess

Von: Deutsches Rechtsbüro – 23.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=417

Durch Urteil vom 10.03.2005 verurteilte der Bundesgerichtshof die Mitglieder der Musikgruppe "Landser" wegen § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen) zu Haftstrafen von z. B. drei Jahren und vier Monaten ohne Bewährung. Zur Begründung heißt es, daß die Musiker im Jahr 2001 gemeinsam das Ziel gefaßt hätten, Lieder mit strafbarem, insbesondere volksverhetzendem Inhalt zu produzieren und konspirativ in der "rechten Szene" zu vertreiben (Hamburger Abendblatt vom 11.03.2005).

Damit setzte das höchste deutsche Strafgericht die Tätigkeit dieser Musiker z.B. der Tätigkeit der Baader-Meinhoff-Bande (RAF) in den siebziger und achtziger Jahren gleich. Das Deutsche Rechtsbüro weist auf folgendes hin: Strafbar nach § 129 StGB macht sich nicht nur, wer sich an einer kriminellen Vereinigung beteiligt, also dort Mitglied ist, sondern auch, wer für sie wirbt oder sie als Nicht-Mitglied unterstützt. Unterstützen heißt, der kriminellen Vereinigung irgendwie zum Vorteil zu sein und die Mitglieder in ihrem Zusammenhalt zu bestärken, wobei es nicht erforderlich ist, daß ein Nutzen oder Erfolg für die Organisation eintritt. Werben heißt jede Propagandatätigkeit, auch wenn sie zu keinem Erfolg führt.

Die Rechtsprechung hat es als strafbare Unterstützungshandlung angesehen, - unterlassen Sie dies daher! – wenn im Zusammenhang mit der kriminellen Vereinigung

- eine Zeitschrift verbreitet wird, die auf eine Vielzahl von Lesern wirken soll,
- eine Druckschrift verbreitet wird, bei der das RAF-Symbol als Blickfang dient,
- der bloße Abdruck des RAF-Symbols, wenn gerade durch dessen Anbringung deutlich wird, daß sich der Täter für die kriminelle Vereinigung einsetzen will,
- Flugblätter verteilt werden, in denen um Mitglieder geworben oder Geldspenden, Sach- oder Personalhilfe erbeten werden ("Sympathiewerbung").

Die Rechtsprechung hat es dagegen nicht als strafbar angesehen, wenn jemand im Zusammenhang mit der kriminellen Vereinigung

- Propagandamaterial vorrätig hält,
- Broschüren besitzt,
- RAF-Parolen auf Schilderbrücken von Autobahnen aufsprüht,
- Texte verbreitet, die sich von der kriminellen Vereinigung distanzieren oder neutral bleiben.

Das Deutsche Rechtsbüro bitte daher um folgendes:

- Beachten Sie, daß § 129 StGB äußerst streng ist und ganz schnell ein Werben oder Unterstützen vorliegen kann. Vermeiden Sie daher jede Handlung oder Äußerung, die als Werbung oder Unterstützung für die Musikgruppe "Landser" ausgelegt werden könnte.
- Senden Sie uns Gerichtsentscheidungen und Meldungen zu juristischen Fragen. Unser Archiv ist immer nur so gut und so aktuell, wie es von den Betroffenen diesbezügliche Nachrichten erhält.

Deutsches Rechtsbüro
c/o Miosga
Postfach 12 16
D-16542 Birkenwerder
www.deutsches-rechtsbuero.de

KS Weserbergland stellt Aktivitäten ein

Von: KS Weserbergland – 22.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=415

Angesichts der zunehmenden Verbotswahns der bundesrepublikanischen Verfolgungsbehörden haben sich die Aktivisten der Kameradschaft Weserbergland dazu entschlossen, sämtliche Aktivitäten auf Kameradschaftsebene einzustellen, um dem Staat und seinen Systembütteln somit zumindest eine Zielscheibe für ihre undemokratischen und willkürlichen Repressionsmaßnahmen zu entziehen.

Allein die äußerst fragwürdigen und schwammigen Ausführungen in der Verbotsverfügung bezüglich der "Kameradschaft Tor Berlin" sowie der "Berliner Alternative Süd-Ost" zeigen auf, daß die willkürlichen Rundumschläge, die die BRD Verfolgungsbehörden angesichts des drohenden und unaufhaltsamen Zerfalls ihres scheindemokratischen Systems austeilt, nahezu alle wirklich oppositionellen Kräfte treffen kann. Wenn selbst Zeitschriften und Musikgruppen hierzulande als kriminelle Vereineinigungen verurteilt werden können, so kann man nur noch zu dem Schluß kommen, daß der angeblich "freiheitlich, demokratische Rechtsstaat" in dieser Republik schlichtweg nicht existiert.

So kann Aufgrund der zunehmenden Repressalien gegen Aktivisten der Kameradschaft Weserbergland durch Verfassungs- & Staatsschutzbeamte (Hausdurchsuchungen, Anwerbeversuche, Einschüchterung und und und...) davon ausgegangen werden, daß auch hier staatlicherseits versucht wird, die nationalen freien Kräfte der Region zu kriminalisieren und mit einer evtl. folgenden Verbotsverfügung in Ihren Aktivitäten zu behindern. Das unsere Kameradschaft über keinerlei feste Strukturen (Mitglieder, Kasse, ect...) verfügt, spielt hierbei angesichts der äußerst dehnbaren Gummiparagraphen dieses Polizeistaates keine Rolle.

Die zunehmenden Repressalien zeigen aber auch, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Und natürlich werden wir diesen Weg weitergehen und uns in anderer Form am Schicksalskampf für die Zukunft unseres Volkes zu beteiligen.

Angesichts dieser neuen Situation haben Vertreter von NPD und freien Kräften die Gelegenheit genutzt, um sich über die Zukunft des nationalen Widerstandes in der Region Gedanken zu machen. So wurde zu dem Entschluß gekommen die Zusammenarbeit zwischen freien und parteigebundenen Kräften in den Regionen Hannover, Deister, Schaumburg, Hameln, Nienburg und Ostwestfalen in Form eines Aktionsbündnisses weiter zu intensivieren.

Von einer Schwächung des nationalen Widerstandes im Weserbergland kann also keinerlei Rede sein, ganz im Gegenteil. Als aktive, revolutionäre Kräfte haben wir auf den zunehmenden staatlichen Druck reagiert und dem System und seinem Verfolgungsapparat somit ein entscheidendes Angriffziel entzogen. In neuer Form und einer noch nie da gewesenen Einigkeit der nationalen Kräfte werden wir den Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit fortführen.

Wir sind am Puls der Zeit!

Fortan versteht sich die Kameradschaft Weserbergland lediglich als organisations- und strukturlose Plattform für verschiedene freie Gruppierungen und Einzelaktivisten, die sich Aktiv am nationalen Widerstand in der Region beteiligen. Es gab und gibt innerhalb der Kameradschaft Weserbergland weder feste Mitgliedschaften noch verfügt sie über eigene Finanzen. Es werden künftig von unserer Kameradschaft aus weder öffentliche noch interne Veranstaltungen stattfinden. Auch werden keinerlei politische Aktionen mehr von uns ausgehen. Für ihre Tätigkeiten innerhalb des nationalen Widerstandes tragen die verantwortlichen Aktivisten und Aktionsgruppen die alleinige Verantwortung. Unsere Kameradschaft dient lediglich als Informations- & Kommunikationsplattform der freien Kräfte sowohl untereinander als auch nach Außen hin. Diese Plattform wird in kürze mit einem eigenen "Informationsportal Weser / Leine" im Weltnetz vertreten sein.

Bücherverbrennung gegen soziale Kälte

Von: AB Norddeutschland – 22.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=414

Am Ostersonnabend, dem 26.März 2005, finden wieder allerorten die beliebten und traditionellen Osterfeuer statt. In diesem Jahr soll allerdings nicht nur die kalte Jahreszeit symbolisch vertrieben werden, sondern auch die soziale Kälte in dieser Republik. Hartz IV, Agenda 2010, Mißwirtschaft, Massenarbeitslosigkeit, Lohndumping - da hat man doch wirklich langsam die Schnauze voll von diesen etablierten Politikern, die sich trotzdem immer noch die Taschen vollstopfen und keinen Finger für unsere Zukunft krumm machen. Seit 50 Jahren das gleiche Theater! Keine Frage: Die etablierten Parteien haben versagt! Darum werden derzeit viele Bürger mit Flugblättern dazu aufgerufen, am Ostersonnabend ein feuriges Zeichen gegen die soziale Kälte zu setzen. In dem Aufruf heißt es:

"Übergeben Sie Ihr Parteibuch, sofern Sie noch Mitglied einer dieser etablierten Versagerparteien sein sollten, einfach den Flammen!"

Wer kein solches Parteibuch besitzt, soll einfach mal Nachbarn, Arbeitskollegen oder Bekannten nach deren Parteibüchern fragen. Sicher gebe es dort den einen oder anderen, der "sowieso schon lange aus dem Saftladen austreten wollte und es nur vergessen hatte". Die Empfänger des Flugblattes werden weiterhin darauf aufmerksam gemacht, daß sie gerne auch etablierte Lügenpropaganda zum Osterfeuer mitbringen und den Flammen übergeben können.

Dem symbolischen Akt der Verbrennung sollte natürlich auch die schriftliche Kündigung der Mitgliedschaft folgen. Darum enthält das Flugblatt vorsorglich einen Coupon, der nur noch ausgefüllt, ausgeschnitten und an die betreffende etablierte Partei abgeschickt zu werden braucht. Eine praktische Sache!

Das Flugblatt ist auf Anfrage bei der Initiative Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen (e-Mail: initiative.gerechtigkeit@gmx.de) als PDF erhältlich. Komplett fertig zum sofortigen Ausdrucken, Vervielfältigen und Verteilen.

Osterfeuer 2005: Feuer und Flamme für das asoziale System!

Ein erfolgreicher Tag für die volkstreue Jugend!

Von: Bund Freier Jugend – 22.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=413

Vermummte Personen betreten den Raum, dicht gefolgt von dutzenden Polizisten und Polizeihunden. Vorne weg ein großer Bärtiger der sich zielstrebig den Weg durch die erstaunte Menge bahnt, um sich gleich neben dem Rednerpult aufzubauen und mit lauter Stimme in den Saal zu schreien: „Ich bringe Ihnen hiermit zur Kenntnis, daß diese Versammlung aufgelöst ist!"...

Bittere Realität im „Rechtsstaat" Österreich! Der „TAG DER VOLKSTREUEN JUGEND" fand am vergangenen 19.03. statt und sollte wie jedes Jahr friedlich, aber bestimmt, stattfinden.

Der Vortreffpunkt wurde in einer langen PKW-Kolonne verlassen und zum Veranstaltungsort gefahren. Die Veranstaltung, welche dieses Jahr unter dem Leitsatz „Nationale Weltanschauung und Umsetzung in den politischen Kampf" organisiert wurde, begann pünktlich um 12 Uhr. Die knapp 150 jungen Teilnehmer kamen wieder voll auf ihre Kosten: Infostände befreundeter Gruppen, Büchertisch, Propaganda-Stände und vieles mehr war aufgebaut und die jungen Aktivisten konnten sich mit Material eindecken. Namhafte Redner der Bewegung gestalteten das Programm: Die Vorträge befassten sich mit unserer nationale Weltanschauung und deren erfolgreicher Umsetzung im politischen Kampf.

Der Veranstaltungsort war auf einem Privatgrund, der Saal war in einem Privatgebäude. Verköstigt wurden die Teilnehmer von unserer Küchenmannschaft, die alle Hände voll zu tun hatte, die zahlreich erschienen Jugendlichen mit Eintopf und Getränken gegen Spenden zu bewirten.

Am Programm stand noch ein Hauptvortrag, eine Feierstunde und Grußworte von Südtiroler Kameraden, als gegen 17:00 die Gendarmerie um das Haus Stellung bezog und illegal in die Veranstaltungsräumlichkeiten eindrang. Dr. Erich Hemmers löste die Veranstaltung für die zustände Bezirkshauptmannschaft (BH Grieskirchen) auf und tat den Anwesenden kund, daß er „innerhalb 5 Minuten keinen Einzigen mehr in diesem Raum sehen wolle". Die nachträgliche Begründung war, daß angeblich der Tatverdacht bestand, die Veranstaltung würde gegen das sogenannte NS-Verbotsgesetz verstoßen; eindeutig ein grober Rechtsmißbrauch. Ein wütender Zwischenruf „Und Sie sehen uns vor Gericht wieder!" wurde an Hemmers gerichtet und anstatt der Forderung nachzukommen, begannen alle Teilnehmer – mittlerweile umringt von

Gendarmerie- und COBRA-Einheiten – „Die Gedanken sind frei" zu singen. Die nicht vermummten Gendarmeriebeamten waren teilweise sichtlich ergriffen, hatten sie vermutlich doch vor dem Einsatz eingetrichtert bekommen, daß eine Horde gefährlicher Neonazis über sie herfallen würde. Nun saßen aber hier junge Burschen und Mädchen, die im Gegensatz zu weiten Teilen der heutigen Jugend, Ordnungs- und Rechtsbewusstsein bewahrt haben, und vieles sein können, aber sicher nicht kriminell.

Um eine Eskalation der Lage zu verhindern und eine Zwangsräumung und Saalschlacht zu vermeiden, wurden von der Veranstaltungsleitung die Teilnehmer aufgefordert, sich vor dem Gebäude zu sammeln. Währenddessen wurden die Stände von Beamten der Sicherheitsdirektion „begutäugelt" und zahlreiche Schriften und Bücher rechtswidrig beschlagnahmt.

Um aber die angereisten Kameraden nicht zu Opfern dieser ungeheuerlichen behördlichen Willkür zu machen und sie so unhöflich nach Hause zu jagen, traf man sich wenig später in einem naheliegenden Gasthof. Unsere gute Laune ließen wir uns natürlich auch unter diesen geänderten Bedingungen nicht nehmen und ließen den erfolgreichen Tag in kameradschaftlicher Runde ausklingen. Die rechtswidrige Auflösung des vierten Tages der volkstreuen Jugend stellt einen weiteren Höhepunkt in der Gesinnungshetze und stalinistischen Unterdrückung gegenüber der volkstreuen Sache in Österreich dar.

Dumm allerdings der, der glaubt dadurch auch nur irgendetwas erreichen zu können. Im Gegenteil: Nachträglich betrachtet kam der Polizeieinsatz recht, dürfte doch nun dem letzten Idealisten klar geworden sein, daß ein totalitäres System alles daran setzen wird, die nationale Jugend undemokratisch zu unterdrücken und nach Möglichkeit zu bekämpfen. Diese Erkenntnis ist für die Umsetzung unserer Weltanschauung in den politischen Kampf von entscheidender Bedeutung. Wir geben aber allen Anfeindungen zum trotz, den Kampf um die Herzen unseres Volkes nicht auf! Der Weg zu diesem Ziel führt auch heute wieder über die Straße. Angesichts dieser unverfrorenen, offenen Repressionsmaßnahmen gegen anständige Menschen, wird man diesen Weg in naher Zukunft wieder öfter und intensiver beschreiten müssen!

Österreich: Neues zum NS Verbotsgesetz

Von: AFP/BFJ – 18.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=412

Die vergangene Woche war reich an neuen, beispielsweise von APA und DÖW publizierten Kuriositäten zum NS-Verbotsgesetz. Am Freitag, den 4.3. wurden der ÖVP vorsätzlich Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz unterstellt. Da entlarvte sich die ÖVP laut HOSI (Homosexuellen-Initiative) als faschistoid und es sei eine Schande, daß auch heute noch geistige Nachfahren der braunen Schergen wie der ÖVP-Abgeordnete Tancsits im Parlament sitzen. Die ÖVP vertrete eindeutig nationalsozialistisches Gedankengut und lebe darüber hinaus in Wirklichkeit geistig auch noch in den Zeiten des klerikalen Austrofaschismus.

Kurz nach den Vorwürfen gegen die ÖVP publizierte die kommunistische Tarnorganisation DÖW (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes), welche bekanntlich mit einem Gemisch aus Lüge, Fälschung und Denunziation arbeitet, auf ihrer Homepage ein "Rechtsgutachten" eines gewissen Heinz Mayer. Allein dessen Umfang entspricht mutmaßlich nur dem einer Maturaarbeit auf einer höheren Schule, vielleicht sogar nur dem einer zweistündigen Oberstufenschularbeit. In diesem "Rechtsgutachten" werden zwar nicht der ÖVP dafür aber der AFP samt BFJ vorsätzlich Verstöße gegen die Bestimmungen des NS-Verbotsgesetzes unterstellt. Bei diesem als solches bezeichneten "Rechtsgutachten" handelt sich laut DÖW-Homepage zweifelsfrei um ein Auftragsgutachten für die berüchtigte Welser ANTIFA, die über ihr OÖ-NETZWERK gerne mit HOSI und Kommunisten kooperiert. Wie nicht anders zu erwarten wurde die AFP zu den fragwürdigen Behauptungen des "Rechtsgutachtens" natürlich weder befragt noch angehört noch ihr sonst in irgend einer Weise die Möglichkeit zu Stellungnahmen oder Aufklärung eingeräumt.

Ob es beispielsweise verboten war, ist oder sein wird, bolschewistische Massenmorde und Massenvergewaltigungen sowie Völkermorde und Vertreibungen als Verbrechen zu bezeichnen oder die Unterwerfung unter fremde Interessen (wie 1968 der Tschechoslowakei unter die Sowjetunion oder heute des Irak unter die USA) zu kritisieren oder jedwede Zwangsgermanisierung (heute verharmlosend Integration genannt) entschieden abzulehnen oder darauf zu beharren, daß unsere Erde keine Scheibe sondern eine Kugel ist oder das wertkonservative Christentum und dessen moralisch und ethisch begründete Verurteilung der Homosexualität zu achten, werden weder das DÖW noch die Welser ANTIFA noch die HOSI zu entscheiden haben. An dieser Tatsache werden auch unrichtige Rechtsgutachten nichts ändern.

Die goldrichtige Antwort der ÖVP auf diese Ungeheuerlichkeiten war: "Politisch ist das so meilenweit unter unserem Niveau, daß wir überhaupt nichts dazu sagen". So sieht das auch die AFP als Speerspitze der österreichischen Demokratiebewegung, die bekanntlich totalitäre Regime, Ideologien und Verhaltensweisen so klar und eindeutig verachtet, daß man eigentlich überhaupt nichts zu den unglaublichen Vorwürfen sagen oder schreiben müßte.

Die ÖVP überlegt rechtliche Schritte. Auch die AFP überlegt rechtliche Schritte, die folgen werden. Ziel ist und muß es bleiben Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat wehrhaft zu schützen und für unser Volk zu erringen. Und dafür stehen wir.

Eisenach: Trotz Verbotsgerede nationale Montagsproteste

Von: AB Thüringen – 18.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=411

Seit Wochen wird in der Wartburgstadt Eisenach über die „Gefahr von Rechts" lamentiert. Man geht dabei sogar so weit, den jetzigen Innenminister Thüringens Karl Heinz Gasser mit einer Prüfbitte hingehend eines Verbotes der Namensfolge „Kameradschaft Eisenach" und des „Aktionsbüros Thüringen" unter Druck zu setzen. Der Ursprung dieser „Bitte" liegt bei einem gleichlautenden Antrag der MLPD - Tarnorganisation „Eisenacher Aufbruch" und zwei Abgeordneten der neunköpfigen PDS – Stadtratsfraktion. Der Kumpanei zwischen den im Stadtrat vertretenen Parteien, egal ob offensichtlich kommunistisch oder liberal, ist es zu verdanken, das die rote Verbotsinitiative zu einem fraktionsübergreifenden Antrag und erwartungsgemäß einstimmig abgenickt wurde. Das war es aber auch schon wieder mit der gepriesenen Einigkeit im Kampf gegen uns Nationalisten. In der Diskussion und Abstimmung über einen sog. Präventionsratschlag gegen Rechts in Eisenach gingen die kommunistischen Elemente im Stadtrat den schwarzen, grünen und rosaroten Bonzen dann doch zu weit. Da die Schwarzen unter Federführung des ehem. Innenministers Thüringens Christian Köckert (CDU) ihr Gesicht wohl nicht ganz verlieren wollten und sowohl rechten als auch linken Extremismus als Arbeitsgrundlage des Präventionsratschlages verstanden wissen wollten, kam es vor Zuschauern aller politischer Couleur zum Eklat.

Der schlafmützige Chef-Marxist und Opel-Betriebsrat (Klassenkämpfer) Fritz Hofmann (Eisenacher Aufbruch) hielt es für legitim, das es in Zeiten immer größer werdender sozialer Not radikale und rebellische Linke gibt, doch dasselbe Recht wollte er partout den nationalen Sozialisten der Stadt absprechen. Aus seiner Sicht vielleicht in Ordnung, doch spricht diese Argumentation wieder einmal nur für die Starrköpfigkeit der Roten und belegt, auf welcher Seite tatsächlich Ignoranz und Intoleranz anzutreffen ist. Jedenfalls konnte man sich nicht darauf einigen, das Prädikat „Extremismus" allein den

Nationalisten der Stadt aufzudrücken und so wurde der sog. Präventionsratschlag mit der Mehrheit der SPD, der CDU, den Grünen und den Bürgern für Eisenach auf den Weg gebracht. Das dort viel rum kommt glaubt keiner. Kenner solcher Inszenierungen wagen zu behaupten, das die Stadtpolitiker sich lediglich aus der Verantwortung ziehen wollen und kommende Vorwürfe mit dem Satz „Wir haben doch etwas getan!" entkräften.

Die hauptsächlich betroffenen Nationalisten verfolgen die demokratische Agitation spöttisch und freuen sich über die Uneinigkeit der städtischen Etablierten. Beeindrucken lässt man sich allerdings nicht und veranstaltete auch vor der letzten Sitzung des Stadtrates eine Mahnwache mit der klaren Aussage „Wer verbietet, der hat Angst". So ist es wohl auch, denn die Verbotsdiskussion kam nicht etwa aufgrund von Straftaten unsererseits oder aber einer offenen Revolte gegen die FDGO zustande, sondern weil man es nicht unterlässt, Montag für Montag das asoziale Treiben der etablierten Politbonzen anzuprangern. Es kann denen folglich gar nicht um extremistische Bestrebungen oder eine Gefahr von Rechts gehen, sondern einzig und allein um die Ausschaltung eines stets unangenehmer werdenden politischen Gegners.

Die Montagsproteste gehen daher unvermindert weiter. Jeden Montag in den letzten vier Wochen fanden an verschiedenen Orten in der Eisenacher Innenstadt Proteste statt. Das Kampagnenmotto wurde inzwischen erweitert und lautet nun „Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen – Wer verbietet, der hat Angst".

Am Montag, den 21. Februar war man wieder auf dem Markt. Wie inzwischen gewohnt ließen sich auch dieses Mal eine Hand voll gewohnheitsbetroffene Eisenacher nicht nehmen, sich mit einem abgelesenen Liedchen zum Affen zu machen. Nennen tut sich die Gesangsgruppe „Bündnis gegen Rechts" und ist gefüllt mit lauter staatlicherseits bezahlten Gestalten und einigen politischen Wirrköpfen. Der Spuk war aber wie immer schnell vorbei und wir kamen wieder zum Ernst der Sache. Schwerpunktthema an diesem Montag waren eben jene, die mit Liedern und bunter Politik gegen nationale Bestrebungen auftreten.

Das Thema „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf" sollte dem Bürger den Unterschied zwischen uns und den Roten darstellen. Anlass dafür war, das leider viele Eisenacher der Meinung sind, die Grundlage des Sozialprotestes sei der marxistische Schwachsinn von Klassenkampf und Internationale, den das „Bündnis gegen Sozialkahlschlag" verbreitet.

Aus unserem Flugblatt: Immer wieder wird unser wahrer Sozialismus mit den Hirngespinsten von irgendwelchen Internationalisten verglichen. Wir aber sind keine Internationalisten, wir fordern Freiheit und Selbstbestimmungsrecht für alle Völker. Wir stellen uns gegen die Allmacht des internationalen Großkapitals und sehen in den freien Völkern die einzig friedliche Zukunftschance für unsere Welt.

Doch was soll das für eine Freiheit sein, wenn ganze Teile des Volkes ausgeschlossen werden sollen? Wenn nur eine Klasse diktieren darf? Warum soll sich ein Volk in Klassen spalten lassen und sich selbst bekämpfen? All diese Fragen, ist uns der Marxismus in all seinen Formen bis heute schuldig geblieben. Er hat seine historische Chance verwirkt und ist an sich selbst gescheitert. Er wurde nicht von der ganzen Welt niedergerungen, sondern ist an dem Unmut seiner Bürger einfach untergegangen. Also, warum sollten die Völker Europas sich in einen Klassenkampf stürzen und einander bekriegen? Klingt da ein Modell der Volksgemeinschaft nicht viel reizvoller. Ein Staat in dem es zwar historisch gewachsene Stände gibt, doch diese keine Rolle mehr spielen. Eine Gemeinschaft, in der Gemeinnutz über Eigennutz geht und jeder durch seine Arbeit, egal ob der Faust oder der Stirn, sein Ansehen in der Gesellschaft bestimmen kann. Arbeit als persönlicher Beitrag zum großen Ganzen. Klassen spielen keine Rolle. Arbeiter und Unternehmer ziehen an einem Strang, immer ein höheres Ziel vor Augen - das Wohl des ganzen Volkes.

Lassen wir uns nicht länger von den roten Lügen blenden, wahrer Sozialismus kann und muss national sein. Er muss nur erkämpft werden, damit wir endlich wieder ein Volk werden können und die Herrschaft des internationalen Großkapitals ein Ende hat.

Darum wahre Volksgemeinschaft statt roter Klassenlüge!

Nach der ausführlichen Auftaktkundgebung der, wie immer, viele Bürger beiwohnten, formierten sich die rund 25 Teilnehmer zum dem Demonstrationszug. Sofort erklangen Sprechchöre wie „Deutschland in Not – Die Lösung ist nicht rot", „Frei – Sozial – National", „Die Wartburgstadt hat kein Geld, dafür geht's in alle Welt" oder aber „Zukunft für Kinder, statt Greencard für Inder".

Eine Woche später gab es dann wieder eine stationäre Kundgebung auf dem Johannisplatz. Schwerpunkt war der gerade erst beschlossene Landeshaushalt. Dieser sieht Einsparmaßnahmen zu Lasten der Städte und Gemeinden in Höhe von fast 200 Millionen Euro vor. Der Stadt Eisenach fehlen dadurch knapp vier Millionen Euro, die sich natürlich im sozialen Bereich bemerkbar machen. Beispiele dafür sind die Erhöhung der Gebühren an der Musikschule oder das um 30 Cent verteuerte Essensgeld an Schulen und Gymnasien. Besonders zu leiden haben die Vereine der Stadt, egal ob Sport- oder Kleingartenverein. Die Stadt kann keinerlei Förderungen mehr versprechen.

Die Kürzungen sind ein Beleg dafür, das die CDU, die in Thüringen regiert, besser den Mund halten sollte wenn es darum geht, den Sozialabbau der rotgrünen Regierung zu kritisieren. Man mag sich zwar damit herausreden, das einem beim bundesweiten Engpass nichts anderes übrig bleibt, jedoch kann dieses Argument angesichts der Steuergeldverschwendungen auf Landesebene schnell wieder entkräftet werden. Und außerdem war es doch die CDU, die 16 Jahre lang bevor die Roten und Grünen die Regierung stellten, ein und die selbe Ausverkaufspolitik betrieben hat, die heutzutage einer der Hauptfaktoren für den Staatsbankrott ist.

Für uns nationale Sozialisten Gründe genug, auf der Kundgebung festzustellen, das keine der etablierten Parteien besser ist als die andere. Weiterhin wurde verurteilt, das sowohl auf Landes- , auf Kommunaler als auch auf Bundesebene Parteien die Opposition spielen, die dort wo sie mitregieren oder einmal regiert haben, keine andere Politik als die derzeit Regierenden betreiben bzw. betrieben haben.

In der Woche darauf am Montag, den 07. März begann die Demonstration anstatt auf dem Marktplatz auf dem Karlsplatz vor dem Denkmal des großen Deutschen Martin Luther. Die örtliche Verlagerung fand statt, weil auf dem Markt noch der Rummel anlässlich des Frühlingsfestes „Sommergewinn" tobte. Dafür wich man gern und es fanden sich am Karlsplatz rund 25 nationale Sozialisten aus Eisenach ein.

Thema in dieser Woche: Der aktuelle Armutsbericht der BRD!

Anhand von Fakten und Fallbeispielen aus Eisenach erläuterten die Redner, wie rasant die Armut steigt. Betont wurde dabei, besonders das die neuen Armutszahlen noch nicht die Daten aus dem Jahr 2005 beinhalten, also dem Jahr in dem Hartz IV in Kraft getreten ist, etliche Teuerungen zu Tage traten und vieles andere zu Lasten des Volkes zur Realität geworden ist.

Berechtigterweise mussten wir während der Kundgebung allen Zuhören die traurige Prognose mitteilen, das es bei den 13,1% armen Deutschen wohl nicht bleiben wird. Zunächst einmal deshalb, weil in der Regierungspolitik keine Kehrtwende zu erwarten ist, die spielende Opposition de facto auch nichts anderes machen wird und außerdem, weil die Deutschen immer noch nicht begriffen haben, das es Zeit ist, Widerstand zu leisten. Das belegt immer wieder, die kleine Anzahl

Eisenacher, die sich an den Montagsprotesten beteiligen. Das Resümee der Veranstalter dahingehend lautete, das es wohl vorerst bei den Idealisten bleiben werde.

Dennoch werden wir nicht aufhören. Dafür gibt es mehrere Gründe:
1. Die Politik der Etablierten verlangt Widerstand
2. Der Bürger muss die Wahrheit erfahren
3. Eine echte Alternative muss sich kontinuierlich präsentieren
4. Der bürgerliche Widerstand bestätigt unser Handeln
5. Aufgeben wäre eine Niederlage

Die bisher letzte Demonstration fand am Montag, den 14. März statt. Eigentlich wäre ja eine stationäre Kundgebung auf den Johannisplatz an der Reihe gewesen, doch weil bestimmte Kräfte in der Stadt der Meinung sind, uns vertreiben zu können änderten wir die Kampagnenplanung dahingehend wie folgt, das ab sofort jede Woche eine Demonstration stattfindet. Diesmal ging es durchs Südviertel Eisenachs.

In dieser Woche wurden inhaltlich mehrere Sachthemen der letzten Wochen und Monate zusammengefasst. So u.a. die Auslandsverlagerungen deutscher Unternehmen, der Armutsbericht, der Landeshaushalt, die Heuchelei der Etablierten und die Agitation unserer politischen Gegner in der Stadt wurde auch nicht vergessen.

Lautstark skandierten die rund 30 nationalen Sozialisten Sprechchöre wie „Die Wartburgstadt hat kein Geld, dafür geht's in alle Welt", „Macht den Berliner Bonzen Dampf, nationaler Freiheitskampf" oder „Hopp Hopp Hopp – sozialer Kahlschlag Stopp".

Auf großen Teilen der Strecke wurde deutsches Liedgut unterschiedlicher Couleur abgespielt, was ein paar Jugendliche dazu bewegte, mitzulaufen.

Wieder am Ausgangspunkt angekommen rief man den Zuhörern noch einmal entgegen, warum es sich lohnt auf die Straße zu gehen. Untermauert wurde diese Forderung mit Aussagen aus dem bekannten Film „Braveheart", die aus der Lautsprecheranlage tönten. Natürlich wird es in den nächsten Wochen wieder Demonstrationen in Eisenach geben.

Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen - Wer verbietet, der hat Angst!

Hamburg: Informationspräsenz gegen Sozialabbau

Von: AB Norddeutschland – 16.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=408

Nachdem sich Wahlkampf und Winter endlich aus dem Norden verabschiedet haben, galt es nunmehr, wieder auf der Straße aktiv zu werden mit lokaler Basisarbeit. Unter der Losung "Sozialabbau – nicht mit uns!" wurde eine Versammlung im Hamburger Stadtteil Bergedorf organisiert. Blickfang der Aktion war ein Informationsstand, wo sich interessierte Volksgenossen mal ganz persönlich mit uns unterhalten konnten. Es war aus vielerlei Erfahrungen klar, dass von diesem Angebot eher ein geringer Prozentsatz Gebrauch machen würde, während die Masse schon von unserer Seite her angesprochen werden mußte, wenn wir Informationen ins Volk streuen wollten.

Bei typischem Hamburger Schietwetter wurde der Informationsstand mit einem Pavillonzelt und einem knallgelben Fronttransparent auf dem Bergedorfer Markt gegen 9:30 Uhr aufgebaut. Wetterbedingt war das Ganze kein allzu großer Spaß, aber man/frau ist ja nicht aus Zucker. Die Fußgängerzone füllte sich zunächst nur langsam, aber trotzdem wurden von Anfang an beharrlich Informationen zum Thema Soziale Gerechtigkeit / Hartz IV den vorbeigehenden Passanten in die Hand gedrückt. Hier und da ergab sich auch mal das eine oder andere Gespräch. Im Laufe des Vormittags strömten dann immer mehr Passanten in die Fußgängerzone und nahmen mit ganz unterschiedlichen Reaktionen von unserer Präsenz Notiz. Auffallend war wieder einmal, dass sich zumeist eher ältere Volksgenossen noch die Zeit für einen Klönschnack nehmen, während die Jüngeren immer rastloser und trotz aller modernen Technik (oder genau deswegen!) zunehmend unkommunikativer werden. Inzwischen war auch der politische Gegner auf uns aufmerksam geworden. Der eine oder andere Linke schlich um unseren Stand herum, ohne jedoch eine argumentative Auseinandersetzung zu suchen. Von anderen Formen der Auseinandersetzung ganz zu schweigen. Mittags gegen 12 Uhr wurde die Versammlung nach rund zweieinhalbstündiger Dauer beendet.

Fazit: Trotz der widrigen Wetterverhältnisse war es richtig, mit einem angemessenen Zeitrahmen vor Ort Präsenz zu zeigen. Es konnte einiges Informationsmaterial unter die Leute gebracht und dem politischen Establishment gezeigt werden, dass wir sog. Neonazis einfach zum öffentlichen Leben gehören. Ob es den Etablierten gefällt oder nicht. Wir werden auch weiterhin mit verschiedenen Aktionsformen unsere Standpunkte gegen Sozialabbau und Verausländerung öffentlich vertreten. Mehr Infos zu unseren Standpunkten findet Ihr auf der Hamburger Kampagnenseite (www.widerstandnord.com/volkszorn/).

Adressenliste*

Die Meinungen der hier genannten Gruppen müssen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion entsprechen. Es werden von uns nur parteifreie Seiten verweisen, da wir eine generelle Zusammenarbeit mit Parteien ablehnen.

Aktionsbüro Norddeutschland
+ www.widerstandnord.com/aktionsbuero/

Aktionsbüro Rhein- Neckar
+ www.ab-rhein-neckar.de

Aktionsbüro Saar
+ www.aktionsbuero-saar.de

Aktionsbüro Süddeutschland
+ www.widerstandsued.de

Aktionsbüro Thüringen
+ www.aktionsbuero.org

Aktionsbüro Westdeutschland
+ www.ab-west.tk

Autonome Nationalisten Karlsruhe
+ www.fightback.tk

Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft
+ www.volksgemeinschaft.org

Festungsstadt Magdeburg
+ www.festungsstadt.com

Freie Nationalisten Rhein-Main
+ www.frontstadt.tk

FIT Norddeutschland
+ www.widerstandnord.com/fit/

Holsteiner Widerstand
+ www.widerstandnord.com/howi/

KS Bergstrasse
+ www.ks-bergstrasse.de

KS Weserbergland
+ www.ks-weserbergland.de

Karlsruher Netzwerk
+ www.karlsruhernetzwerk.org

Leverkusener Aufbruch
+ www.leverkusener-aufbruch.com

Mecklenburgische Aktionsfront
+ www.aktionsfront.org/maf/

Nationale Aktivisten Prenzlauer Berg
+ www.napb.tk

Nationaler Beobachter Erfurt
+ http://erfurt.nationaler-beobachter.de

Nationaler Beobachter Halle
+ http://leni.gsb-online.com/nb-halle/

NW Berlin/Brandenburg
+ www.nwbb.org

Widerstand Thüringen
+ www.widerstand-thueringen.de

UF Mecklenburg
+ www.ufk.de

Weitere Links
+ www.freier-widerstand.net

*Die Liste hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir verweisen nur auf Seiten mit politischem Inhalt. Wenn wir eure Seite hier nennen sollen, schreibt uns den Link mit einer Beschreibung per E-Mail an: mail@freier-widerstand.net

---

Gotha: Landkreis hält Gesetze nicht ein

Von: Aktionsbüro Thüringen – 16.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=407

Als am 3.Juli letzten Jahres eine Demonstration gegen die Agenda 2010 in Gotha begann, war den Veranstaltern schon klar, dass die bis dato erfolgten Rechtsbrüche von Seiten der Ordnungsbehörde des Landkreises Gotha noch Folgen haben werden. Knapp ein dreiviertel Jahr später erfolgte nun der Gerichtsbeschluss zur damals eingereichten Fortsetzungsfeststellungsklage: Das Verwaltungsgericht Weimar gibt dem klagenden Veranstalter in allen Punkten recht!

Zu den Vorfällen im letzten Jahr: Die von freien Aktivisten angemeldete und organisierte Demonstration gegen die Agenda 2010 und für soziale Gerechtigkeit, wurde Mitte Juni vom Landratsamt Gotha verboten. Daraufhin hob das Verwaltungsgericht (VG) Weimar das Verbot wieder auf. Gegen den erlassenen Auflagenbescheid wurde von Seiten der Veranstalter erneut Klage eingereicht, da insbesondere der Ort der Auftakt- und Abschlusskundgebung vom Ordnungsamt aus dem Innenstadtbereich auf einen dezentralen Parkplatz ohne Zuschauerzustrom verlegt wurde. Desweiteren wurde einige Parolen, darunter „Hier marschiert der nationale Widerstand!", untersagt. Auch dieser Auflagenbescheid wurde vom VG Weimar aufgehoben, da eindeutig die Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt wurde. Nun aber folgte das wahre Gesicht des demokratischen Rechtsstaates. Nur wenige Stunden nach dem Urteil des VG Weimar vom 2.Juli 2004, wurde dem Veranstalter ein neuer Auflagenbescheid zugestellt. In diesem wurden wiederum die selben Parolen untersagt, welche das VG Weimar wenige Stunden zuvor genehmigt hatte. Weiterhin wurde die Weisung des Gerichtes, uns einen Kundgebungsort im Innenstadtbereich zuzuweisen, einfach ignoriert. Als am folgenden Tag sich die ersten Teilnehmer nun an einem Platz unterhalb des Gothaer Schlosses einfanden, kam die Ordnungsamtsleiterin Ingrid Darr sowie der Leiter der Polizeidirektion Gotha Raymond Walk auf die Veranstalter zu und meinten, dass dies doch nicht der Platz ist, wo sie unsere Demonstration gerne starten lassen wollten. Laut Frau Darr sollte der Ort der Auftaktkundgebung nun ein paar hundert Meter weiter weg, auf einen verlassenen Parkplatz verlegt werden. Als die nationalen Demonstranten sich zuerst weigerten ihren Kundgebungsort zu verlassen, ließ Polizeidirektor Walk die Knüppeltruppe der Thüringer Bereitschaftspolizei, das BFE, anrücken. Daraufhin entschlossen sich die Veranstalter, zugunsten der Sicherheit der Teilnehmer und der gesamten Demonstration, in dem Moment der bewaffneten Staatsmacht nachzugeben. Die Veranstalter reichten also im Nachhinein eine Fortsetzungsfeststellungsklage beim VG Weimar ein.

Ein dreiviertel Jahr nach den Vorfällen im Juli 2004 wurde den Veranstaltern nun der Beschluss des Verwaltungsgerichtes zugestellt. Darin wird zum einen festgestellt, dass sowohl die Verlagerung des Kundgebungsortes als auch die Untersagung der Parolen rechtswidrig war. Weiterhin wird dem Landratsamt Gotha bescheinigt, dass es offensichtlich nicht bereit sei gerichtliche Entscheidungen zu akzeptieren und sich somit an Recht und Gesetz zu halten. Dieses vernichtende Urteil über die Zustände innerhalb des Gothaer Landratsamtes wirft einen Blick auf die Realitäten in den Behörden dieser Republik. Korruption und Rechtsbrüche sind hier nicht die Ausnahme sondern die Regel. Man erkennt daran gut, dass dieses System, von Grund auf bis in die höchsten Ebenen der Politik, durch und durch marode und dem Untergang geweiht ist.

Doch dieses Urteil macht auch dem nationalen Widerstand deutlich, dass man sich gerade von diesem System nichts gefallen lassen muss. Gegen jeden Rechtsbruch welcher vor oder auf einer Veranstaltung von Seiten der Polizei oder der Ordnungsämter begangen wird, sollte von unserer Seite mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln vorgegangen werden. Denn dann werden sich auch manche Behörden überlegen, ob und wie sie gegen nationale Veranstaltungen vorgehen werden.

Weg mit dem Bündnis gegen Rechts

Von: Kameradschaft Hamm – 16.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=405

Am 14. März veranstaltete das „Bündnis Dortmund gegen Rechts" ein sogenanntes „Antifa-Gespräch", in dem die linksextreme Buchautorin Lore Junge aus ihrem Buch vorlas und anschließend mit den anwesenden Antifaschisten diskutierte. Allein daß es sich das Bündnis gegen Rechts überhaupt noch wagt, in der national befreiten Zone Dortmund eine Veranstaltung durchzuführen, war Grund genug, daß nationalrevolutionäre Kräfte dagegen auf die Straße gehen. Trotz der kurzen Mobilisierungszeit von 3 Tagen fanden sich bis 18.30 Uhr 100 Nationalisten am Nordausgang des Dortmunder Hauptbahnhofes ein. Nachdem die Auflagen verlesen wurden, richtete Siegfried Borchardt (Dortmund) einige Grußworte an die anwesenden Kameraden.

Anschließend formierte sich der Aufzug zum Marsch in Richtung des Dortmunder Stadtteils Eving, wo die antifaschistische Veranstaltung stattfand. Unser Aufzug wurde vom Abspielen nationaler Musik begleitet. Auf der Zwischenkundgebung sprachen die freien Nationalisten Paul Breuer (Köln), Sascha Krolzig (Hamm) sowie Axel Reitz (Köln). Nach der etwa 20-minütigen Zwischenkundgebung zog die Demonstration wieder Richtung Bahnhof.

Am Bahnhof angekommen gab es noch eine Schweigeminute in Gedenken an die Opfer der 8. und schwersten Bombardierung der Stadt Dortmund am 14. März 1945, also vor genau 60 Jahren. Danach wurde die Demonstration beendet.

Linken Widerstand gab es, wie immer in Dortmund, so gut wie gar nicht. Bei der Zwischenkundgebung pöbelten etwa 50 Linke aus sicherer Entfernung, geschützt von einigen Dutzend Polizisten. Ansonsten gab es keinen Widerstand. Die Polizei verzichtete bei unserer Demonstration sogar auf einen Kessel, da auch sie anscheinend mitbekommen hat, daß die Linke in Dortmund und Umgebung nichts, aber auch rein gar nichts mehr auf die Beine bekommt.

Bericht zur Demo in Dessau

Von: Christian Worch – 13.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=402

In Dessau fand am Sonnabend eine Demonstration zur Erinnerung an den 60. Jahrestag des allierten Terrorbombardements statt. Etwas mehr als die erwarteten 200 bis 300 Teilnehmer (nämlich zwischen 330 und 350) fanden sich nicht – wie geplant – am Hauptbahnhof ein, sondern am August-Bebel-Platz. Die ursprünglich vorgesehene Route, beginnend am Hauptbahnhof,war per behördlicher Auflage geändert worden. Das führte zu Verzögerungen im Beginn. Denn zwischen dem Hauptbahnhof und dem August-Bebel-Platz fanden linksextremistische Aktivitäten statt, so daß die Bahnreisegruppen aus Sicherheitsgründen nur in größeren Gruppen zum Ausgangsort der Demonstration vorstießen. Wie sinnvoll diese Maßnahme war, zeigt sich daran, daß Zusammenstöße ausblieben. Wie stark die Gegenseite war, läßt sich nicht genau beurteilen; nach einer Meldung soll sie mit ca. 350 Personen möglicherweise sogar etwa die gleiche Stärke gehabt haben wie unsere Demonstration. Die via Internet angeündigte Teilnahme gewaltbereiter Gruppen beispielsweise aus Berlin blieb aber aus oder hatte höchstens einen erkennbar geringen Zahlenwert.

Bei kaltem, aber trockenem Wetter ging es gegen 14.oo Uhr los. Den Friedhof mit Ehrenmal für die Opfer des Bombenkrieges hatte man vorsorglich für uns blockiert; mit einem braunen Sandhaufen, den man recht willkürlich und offensichtlich nutzlos auf den

Hautweg gekippt hatte. Ich hoffe nur, daß nicht Ein-Euro-Kräfte den in den nächsten Tagen in Handarbeit wieder abtragen und wegkarren müssen... Auch so etwas wäre eine Art von Arbeitsbeschaffungsmaßnahme; allerdings eine von der eher völlig sinnlosen Art.

Auf der Zwischenkundgebung sprachen – in chronologische Reihenfolge – meine Wenigkeit, Alexander Hohensee aus Hamburg und Dipl.-Ing. Peter Naumann.

Ein gleichfalls störungsfrei bleibender, nur von sehr vereinzelten linken Schreihälsen begleiteter Rückmarsch zum August-Bebel-Platz bildete den Abschluß der Veranstaltung.

Besonders positiv hervorzuheben ist die starke Mobilisierung aus der Region; den sachsen-anhaltinischen Kameradinnen und Kameraden gebührt dafür Anerkennung!

Trotz alledem - wir zeigen Gesicht!

Von: Berliner Infoportal – 12.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=399

Obwohl heute, angesichts der staatlichen Maßnahmen gegen 2 Vereinigungen des nationalen Widerstands, sicher andere Dinge "wichtiger" gewesen wären, fanden sich dennoch einige Kameraden aus Berlin zusammen um bei einer Veranstaltung der sogenannten "Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin" (MBR) in der Volkshochschule in Hessenwinkel (Köpenick) Präsenz zu zeigen.

- Die "Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin" (MBR) (SITZ: Chausseestr. 29, 10115 Berlin; tel. 030 - 240 45 430; fax 030 - 240 45 319) versteht sich als Unterstützungseinrichtung für alle Berliner und Berlinerinnen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren oder dies in Zukunft tun möchten. Ansatzpunkte der Arbeit mit diesen einzelnen Akteuren oder aber einer Bezirksverwaltung sind die konkreten Probleme mit rechtsextremistischem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund vor Ort, sei es in deren Einrichtung, Nachbarschaft, im Sozialraum oder Bezirk. - (Quelle: Weltnetzseite des MBR).

Nach einigen Schwierigkeiten, den gut versteckten Veranstaltungsort zu finden trafen wir mit halbstündiger Verspätung ein, was uns natürlich entsprechende Aufmerksamkeit sicherte. Es wurden Extra-Sitzgelegenheiten für uns beschafft und wir konnten endlich den geistreichen Ergüssen der Vortragenden (Namen sind bekannt) lauschen. Insgesamt war die Veranstaltung für uns recht lehrreich; wir erfuhren z.B. daß es in Berlin "Angsträume" gibt, d.h. Gebiete, die für bestimmte Bevölkerungsteile nahezu tabu sind (mir fielen dabei sofort Kreuzberg, Wedding und Neukölln ein...). Desweiteren wurde erörtert, wie man rechte Gesinnung "eliminieren" (wörtlich!) kann. Angesichts solcher Wortwahl fühlte man sich selbstverständlich tiefbetroffen in dunkelste Zeiten deutscher Geschichte versetzt und tat innerlich Buße...

Alles in Allem war es ein gelungener Nachmittag und wir verließen den Ort mit der Erkenntnis, das es sich jederzeit lohnt, selbsternannten Nazijägern und ihren Helfershelfern auf die Füße zu treten, indem man einfach zeigt: Wir sind da, und kein Verbot kann Menschen hindern, sich für Volk und Vaterland einzusetzen.

Alles für Deutschland ...
... jetzt erst recht!

Hausdurchsuchung wegen Internetseite

Von: Festungsstadt Magdeburg – 10.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=395

Am Mittwoch morgen dem 09.03. durchsuchten 7 Beamte der Gesinnungspolizei FK4 (Staatsschutz) sowie 2 Beamte des LKA die Wohnräume des Kameraden B. Grund dafür war laut Durchsuchungsbeschluß des Amtsgerichts Magdeburg eine angebliche "üble Nachrede gegen eine Person des politischen Lebens". Bei der in Rede stehenden Person handelt es sich um den Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg Lutz Trümper. Der Kamerad soll angeblich für den Artikel zum Trauermarsch vom 15. Januar in Magdeburg verantwortlich sein, durch den OB Trümper in seinem politischen Wirken nachhaltig beeinträchtigt werde, so der Beschluß des Amtsgerichts Magdeburg. OB Lutz Trümper stellte daraufhin Strafanzeige gegen Unbekannt. Bei der Durchsuchung wurden rund 100 Cds, 4 Festplatten, eine Digitalkamera, ein USB-Stick und weitere Speichermedien sowie Dokumente und persönliche Gegenstände des ahnungslosen Kameraden beschlagnahmt.

OB Trümper nutz somit einmal mehr sein politisches Amt aus, um eine ihm unliebsame Opposition mundtot zu machen. Doch wir werden auch künftig die Dinge beim Namen nennen und die Politverbrecher in den Ämtern und Behörden als das entlarven was sie sind!

Greiz: Nationalisten gegen Agenda 2010

Von: Aktionsbüro Thüringen – 09.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=391

Diesem Demonstrationsmotto folgten ca. 250 Nationale Sozialisten in die ehemalige Residenzstadt Greiz, von der man gerne behauptet, dass sie die Perle des Vogtlandes sei. Dass Greiz schon bessere Zeiten gesehen hat, konnte man schon bei der Anreise anhand der verfallenen Häuser erahnen. In der Vergangenheit war die Wirtschaft des beschaulichen Städtchen Greiz durch Textilindustrie, chemische Industrie, Maschinenbau, Möbelindustrie und Bergbau geprägt. Heute gibt es kaum noch Arbeitsplätze in dieser strukturschwachen Region und die Arbeitslosenzahlen steigen auch hier ständig.

Genau aus diesem Grund ist Greiz gewählt wurden, um die im Jahr 2004 begonnene Kampagne gegen die Agenda 2010 in diesem Jahr fortzuführen und den Bürger solcher Regionen eine soziale Alternative aufzuzeigen. Dass Greiz einen nationalen Protest nicht gewohnt ist, zeigte sich bereits im Vorfeld. So bildete sich eine sogenannte „Allianz der Demokraten gegen Rechts" und rief zu Gegenaktionen gegen die NPD-Demonstration auf. Wenn wir linken Beobachtern Glauben schenken wollen, beteiligten sich ca. 400 Personen an dieser Gegendemonstration. Wer sich dabei allerdings als Befürworter eines asozialen Systems zeigte, waren zum Großteil angetrunkene Jugendliche, welche mit Bierflaschen durch Greiz zogen. Nicht verschweigen sollte man an dieser Stelle einen Aufruf der Stadtverwaltung an seine Angestellten. Diesen wurde nahegelegt, sich lieber am Gegenprotest zu beteiligen und sich nicht in der Nähe der „Nazidemonstration" blicken zu lassen, da man sonst mit einem Verlust seines Arbeitsplatzes rechnen könne.

Unsere Demonstration wurde gegen 15 Uhr durch den Kreisvorsitzenden des NPD Kreisverbandes Gera, Gordon Richter, eröffnet. Direkt im Anschluß sprach Christian Bärthel aus Ronneburg zu den anwesenden Teilnehmern. Dieser wies in seiner Rede auf die bevorstehende Bundesgartenschau hin und erläuterte am Beispiel von Rostock, dass eben diese Buga 2007 keinen einzigsten Arbeitsplatz schaffen wird und auch finanzielle Vorteile für die Region ausbleiben werden. Danach formierte sich der Demonstrationszug und man begann den Protestmarsch durch Greiz. Mit verschiedenen Parolen und kurzen Redebeiträgen machte man auf sich aufmerksam und immer wieder waren Sympathiebekundungen am Rande der Demonstration wahrzunehmen. Nachdem man die ca. 5 km lange Strecke, ganz ohne Gegenprotest, hinter sich gebracht hatte, nahm man wieder vor dem Rathaus Aufstellung und lauschte nun dem spontanen Redebeitrag des Kameraden Lothar Zöller, welcher stellvertretender Landesvorsitzender der Thüringer DSU ist. Auch Kamerad Zöller kritisierte die rot-grüne Regierung und warf ihr Sozialabbau vor und forderte eine schnelle Abwicklung dieses asozialen Systems.

Als letzter Redner an diesem Tag trat Kamerad Frank Schwerdt ans Mikrofon

und ging sehr ausführlich auf den Armutsbericht der Bundesregierung ein, insbesondere die Thüringer Zahlen seien erschreckend, so der Landesvorsitzende der Thüringer NPD. Nachdem Kamerad Schwerdt seine Rede beendet hatte, bedankte sich Kamerad Richter noch einmal bei allen Teilnehmern und beendete eine durchaus gelungene Kampagnenauftaktdemonstration.

KS Tor Berlin und BASO verboten!

Von: FW Redaktion – 09.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=390

Der Berliner Innensenator Ehrhart Körting hat heute die Berliner Alternative Süd-Ost und die Kameradschaft Tor Berlin (inkl. Mädelgruppe) verboten. Begründet wurde das Verbot mit der Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus und einer aggressiv-kämpferischen Haltung der Gruppen. Als Beweis für diese Haltung wurde das Verkleben von Plakaten zum gedenken an den von Kommunisten ermordeten Sturmführer Horst Wessel und eine Demoanmeldung (!) für eine Demonstration die wegen einem Verbot gar nicht statt fand genannt.

Mit dem Verbot sollen auch erneut 10 Wohnungen der durch die Verbote vetroffenen Kameraden durchsucht worden sein.*

Dieses Verbot zeigt genau wie bei der FAF, dass neben Parteien auch Kameradschaften nicht vor einem Verbot sicher sind. Anscheinend reichten die bei der Baso/KsTor vorhandenen Strukturen für ein Vereinsverbot aus.

Organisiert autonome Gruppen!

Jede bestehende Kameradschaft muss wissen, dass sie die Nächste sein kann. Versucht soweit es geht auf feste Strukturen zu verzichten und haltet diese fern von der Öffentlichkeit. Kameradschaften sind Mittel zum Zweck und kein Selbstzweck. Man braucht keine Kameradschaftsnamen auf Transparenten, Plakaten und sonstigen Propagandamaterialien, noch braucht eine Kameradschaft überhaupt einen festen Namen.

Lernt aus Verboten!

Wir solidarisieren uns auch weiterhin mit den Kameraden aus Berlin. Der Kampf geht auch ohne diese drei Namen weiter!

Bildet Banden, schlagt zurück!

*Denkt bitte daran, dass Propagandamaterial der verbotenen Gruppen jetzt unter den §86 (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) fällt!

Anquatschversuch beim Nordischen Hilfswerk

Von: Nordisches Hilfswerk – 07.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=383

Letzten Monat hat die brd-Schlapphut- und Schnüffelbande erneut versucht eine bekannte Kameradin und Mitarbeiterin des Nordischen Hilfswerks aus Berlin für ihre miesen Spielchen zu missbrauchen. Interessant wurde die Kameradin vermutlich dadurch, dass sie gute Beziehungen zur skandinavischen Bewegung und zu völkischen Kreisen in Deutschland hält. Dieses ist nun schon (mindestens) der dritte Versuch des Systems an Informationen über den Strukturaufbau Skandinaviens heran zu kommen, nachdem schonmal ein Kamerad aus Norddeutschland ausgefragt werden sollte und vermutlich ein Spitzel direkt auf den Leiter angesetzt wurde.

Da nun diese Kameradin einige Jahre in Schweden und Dänemark lebte und dort fleissig im kulturellen Rahmen mitarbeitete, kam sie mit verschiedenen führenden Aktivisten in Kontakt, welche ihr sehr bald Vertrauen schenken konnten. Als sie kürzlich (aus persönlichen Gründen) nach Berlin zurück zog, tauchte plötzlich ein Brief auf, indem sie zu einem persöhnlichem Gespräch aufgefordert wurde.

Da man aber einer Einladung/Aufforderung grundsätzlich nicht folgen sollte, tat sie es natürlich nicht und schmiss den Brief leider dorthin, wo dieses verrottete System schon lange gehört - auf den Müll! Ausserdem informierte sie sofort die nahestehenden Kameraden über den einseitigen Briefverkehr.

Genau an dem Tag, wo das Gespräch stattfinden sollte, meldete sich ein Herr Krenzler vom Senat des Inneren und fragte warum die Kameradin nicht gekommen sei "Es gäbe doch interessante Dinge zu bereden". Als Antwort bekam der "Herr" nur eine Gegenfrage: "Woher haben sie eigentlich die Funknummer her, die auf meine Mutter angemeldet ist?". Darauf wollte er hier nicht antworten und lieber ein lockeres Gespräch vorziehen, wo es um Auskunftsklärung geht. Die Kameradin hätte sich ja schliesslich nichts zu Schulden kommen lassen., kam es ein wenig kleinlaut zurück.

Bestimmt liess nun die Kameradin den politischen brd-Staatsbüttel abblitzen: "Ich bin mir auch keiner Schuld bewusst und da dies nur eine Aufforderung zu einem persöhnlichem Gespräch ist und keine richterliche Vorladung, sehe ich mich auch nicht dazu verpflichtet dem Folge zu leisten. Vor allem führe ich keine Gespräche mit Personen, die ich noch nie im Leben gesehen habe."

Richtig so, den wer weiss schon, was einem dort so erwartet?! Es könnte sich ja schliesslich auch um einen brd-freundlichen Demokraten handeln, der eine multikulturelle Gesellschaft einer nationalen Volksgemeinschaft vorzieht. Diesen kriminellen Staatsdienern, die speziell darauf trainiert sind Informationen aus Menschen heraus zu holen und wo die Opfer sich dann ungewollt in einem Netzwerk aus Verrat und Informationen verfangen.

Am Ende des ca. 5 minütigen Gespräches liess dieses niederträchtige brd-Subjekt immer noch nicht locker: "Naja, sie haben ja meinen Namen und meine Telefonnummer, wenn sie Ihre Meinung ändern sollten".

Wir vom Nordischen Hilfswerk können nur raten: "Sprecht NIEMALS mit Spitzeldienern des Systems, fordert beim Deutschen Rechtsbüro ein Heft zu diesem Thema an und macht Schulungen für die Kameraden. Wenn Euch der Staat (welcher auch immer) über das NHW und die Skandinavische Bewegung ausfragt, dann bitte bei uns melden".

Neunzig Teilnehmer bei Strategie-veranstaltung

Von: Aktionsbüro Thüringen – 03.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=379

„Ausgeruht den Feind erwarten. Die Bedeutung von Strategemen im Kampf" lautete das Schwerpunktthema einer Strategieveranstaltung am Freitag, den 18. Februar im Herzen Eisenachs, zu der neunzig Teilnehmer gekommen waren.

Strategeme sind etwa 3000 Jahre alte Kriegslisten aus dem Geheimwissen chinesischer Militärs. 36 Strategeme sind dank der Arbeit der Sinologie (Erforschung der chinesischen Kultur und Sprache) bekannt, wobei ihre Zahl möglicherweise in die Hunderte reicht. Grundsätzlich geht es darum, den Feind zu veranlassen, etwas zu tun, das mir (meinem Volk) Nutzen bringt.

Referent war der bekannte nationale Aktivist Dipl. Ing. Peter Naumann. Nach kurzer Einleitung zum Thema ging er in die Vollen. Von Beginn an hatten zumindest die Besucher der Veranstaltung das Gefühl, mit einbezogen zu werden, was zum einen mit der gewohnt emotionalen Art Naumanns, zum anderen mit dem Thema an sich im Zusammenhang steht. Untermauert Peter Naumann doch jedes der 36 Strategeme mit Beispielen aus dem politischen Kampf, den wir führen. Dabei fiel bei fast jedem Strategem auf, das es auch im privaten Leben anwendbar ist und viele auch schon von jedem angewendet wurden. Das alles jedoch ohne zu wissen, das es sich dabei um ein Strategem handelt.

Überhaupt ergab sich bei den meisten Strategemen der sogenannte Aha-

Effekt. Strategem Nummer 25 beispielsweise, von Naumann als „Mogelpackungs-Strategem" bezeichnet, lautet sinngemäß: Ohne Veränderung der Fassade eines Hauses die Stützpfosten durch wurmstichiges Holz austauschen. Hier fiel den Anwesenden unwillkürlich das BRD-System ein, dessen Träger „einer Sache den Kern wegnehmen, aber äußerlich alles beim alten belassen." Das Wort „deutsch" werde in diesem Fall bewußt überstrapaziert, indem die gutgläubigen Deutschen eine Hülle ohne den entsprechenden Inhalt, den die Hülle verheißt, präsentiert bekommen. Faktisch geht es um eine Entdeutschung.

„Auf das Gras schlagen, um Schlangen aufzuspüren", lautet ein weiteres Strategem. Naumann erwähnt in diesem Zusammenhang das provokative Angebot an „Haßpropaganda" durch gewisse Organisationen „mit einer Reusenfunktion". Der Inhalt einer Bestellung zieht deren Analyse nach sich, woraus Rückschlüsse auf Interessen und Persönlichkeitsstruktur der Besteller gezogen werden können. Perfide ist in diesem Zusammenhang die Methode, national denkende Menschen zunächst zu Bestellungen im Sinne der sattsam bekannten Paragraphen des StGB zu animieren, um dann im Gefolge von Hausdurchsuchungen dem mediengeschädigten Publikum den „bösen Nazi" präsentieren zu können.

Eifrig diskutiert wurde auch Strategem Nummer 33, das sich unter der Überschrift „Zwietracht säen" zusammenfassen läßt. Möglich ist auch die Kombination verschiedener Strategeme zu einer Strategem-Verkettung, wie Naumann am Fall des „11. September" plastisch nachzuweisen versteht.

Alles in allem läßt sich festhalten: Der Besuch der Veranstaltung lohnt sich aus mehreren Gründen: Aufgrund der praktischen Ausrichtung des Themas ist man nicht ausschließlich zum Zuhören verdammt, womit sich der Charakter eines Seminars ergibt. Zum zweiten bietet der Vortrag Anregungen für den täglichen politischen Kampf und das Privatleben. Einen Ehrengast hatte man auch, der nun im Anschluss an den Vortrag Naumanns spontan zu den Teilnehmern sprach. Manfred Roeder war angereist um wieder einmal bei den Eisenachern zu sein und berichtete nun von den vielen neuen Prozessen, mit denen ihn das BRD – System wieder einmal überzieht. Doch trotz seines hohen Alters, erst wenige Tage vor der Veranstaltung feierte er seinen 76. Geburtstag, bleibt er auch nach bisher mehr als 11 Jahren Gesinnungshaft standhaft. Mit leuchtenden Augen hörten ihm die überwiegend jungen Teilnehmer zu, als er den Kampf um die Seele des Volkes aus seiner Sicht schilderte.

Im Anschluss an den offiziellen Teil der Veranstaltung wusste der bekannte nationale Liedermacher „Julmond" noch die Teilnehmer zum freudigen Mitsingen altbekannter und neuer deutscher Lieder zu animieren. Insgesamt eine sehr gelungene Veranstaltung, bei der u.a. Jugendliche anwesend waren, die erst in den Tagen und Wochen zuvor im Rahmen nationaler Schulhofaktionen in und um Eisenach geworben worden waren.

Diese zeigten sich nach ihrem ersten derartigen Erlebnis stark motiviert. Auch alle anderen Teilnehmer sind mit neuem Wissen und neuer Kraft aus der Veranstaltung gegangen.

In den nächsten Wochen soll es weitere derartige Veranstaltungen geben.

Anquatschversuche im Odenwald

Von: FN Südhessen – 03.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=375

Wie bereits berichtet, wurde am vergangenen Dienstag ein Kamerad vom Verfassungsschutz kontaktiert - dies wurde umgehend öffentlich gemacht und anhand eines Gedächtnisprotokolls niedergeschrieben. Neben diesem Anquatschversuch im Odenwald, erfolgte zeitgleich ein zweiter Versuch des Verfassungsschutzes an Informationen zu kommen. So wurde, ebenfalls am Dienstag, ein Kamerad nach dem Verlassen seiner Arbeitsstätte in Bensheim angesprochen. Eine junge Frau, ca. 25 Jahre, dunkelblonde Haare, mittelgroß und ebenfalls mit einem PKW und Hamburger Kennzeichen, wollte den Kameraden auf ein Getränk einladen um mit ihm einige Dinge zu besprechen. Nachdem dieser Anquatschversuch ignoriert wurde, folgte die "VS-Beamtin" dem Kameraden mit ihrem PKW. Nach einem kurzen Stopp wurde der jungen Frau in aller Deutlichkeit klar gemacht, dass es nichts zu besprechen gibt und dass er es jetzt vorziehen würde seinen Feierabend alleine zu verbringen.

Zwei Anquatschversuche im Kreis Bergstraße innerhalb eines Tages, somit der fünfte innerhalb ca. eines Jahres. Jedes mal wurden die plumpen Anquatschversuche sofort im Kameradenkreis gemeldet und anschließend veröffentlicht. Mit Systemschergen gibt es nichts zu besprechen!

Anquatschversuche abblocken und umgehend veröffentlichen!

Solidarität mit Ernst Zündel!

Von: FN Rhein-Neckar – 03.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=376

Gestern wurde der führende Revisionist Ernst Zündel aus Kanada abgeschoben, wo er unrechtsmäßig inhaftiert war und bis zu seiner gestrigen Auslieferung in den freiesten deutschen Staat aller Zeiten, seinen Alltag in einem kanadischen Gefängnis verbrachte. Sofort auf dem Frankfurter Flughafen wurde der Staatsfeind Nummer 1 von der Polizei festgenommen. Wie ausgehungerte Geier stürzten sich die Systembüttel auf den 66-jährigen bekennenden Pazifisten. Als auch Fernsehen, Radio und Zeitungen über Ernst Zündel berichteten und die Information verbreitet wurde, dass Kamerad Zündel in Mannheim inhaftiert und verurteilt werden soll, entschlossen sich 40 - 50 freie Nationalisten aus der Rhein-Neckar Region eine Spontandemonstration durch die belebte Mannheimer Fußgänger- und Einkaufszone durchzuführen. Mit Schildern, Fahnen und Flugblätter wurden die verdutzten Passanten in ihrem Konsumrausch gestört und auf das Schicksal Ernst Zündels aufmerksam gemacht. Noch vor dem Eintreffen der Polizei wurde die Spontandemonstration aufgelöst und bevor die Mannheimer Innenstadt im Blaulicht der Mannschaftswagen erleuchtete, ging es zurück zum Ausgangspunkt und man setzte ungehindert die Heimreise fort.

Weitere Aktionen werden folgen!

Freiheit für Ernst Zündel
Meinungsfreiheit auch für Deutsche!

Anquatschversuch im Raum Südhessen

Von: anonym – 02.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=371

Am heutigen 1. März 2005 kam es in der Region Südhessen bei zu einem Anquatschversuch durch den Verfassungsschutz. Ich kam gerade nach Hause, als mir sofort ein fremdes Fahrzeug auffiel. Zugelassen war das Fahrzeug in Hamburg mit dem Kennzeichen HH-LB-7323. Die Farbe war blau und der Typ vermutlich ein italienisches Fabrikat, Art Kombi.

Der Beamte war eher defensiv auftretend und unscheinbar, Haarfarbe rot/blond und von dünner Statur.

Hier der Wortwechsel:
Er fragte mich ob ich der „........ .... "sei, ich stimmte zu und, fragte ihn dann wer er sei, er streckte mir seine zitternde Hand hin und sagte seinen angeblichen Namen, an den ich mich nicht mehr erinnern kann, und sagte dann dazu das er vom Verfassungsschutz käme. Ich zog gleich meine Hand weg und forderte ihn mit lauter Stimme dazu auf sofort in seinen PKW zu steigen und mein Grundstück zu verlassen. Der Mann probierte mich zu beruhigen, er sagte das er ja extra wegen mir her gekommen wäre, ich erwiderte damit, das er ja wieder da hin gehen könne wo er herkommt und das er hier an der falschen Adresse wäre!

Er sagte dann das wir ja eine halbe Stunde irgendwo reden könnten, wo es

die Nachbarn nicht so mitbekommen würden, ich fragte noch einmal ob ich das richtig verstanden hätte, er wiederholte seine Aussage, was mich ziemlich aggressiv machte, ich ging 2 Meter zurück, zeigte mit dem Finger auf den Mann und rief durch die Strasse, das dieser Mensch vom Verfassungsschutz käme, das der VS in der BRD so etwas wie die Stasi der DDR sei! Der Mann lief rot an und wurde sehr nervös, er probierte erneut mich zu beruhigen, darauf forderte ich ihn zum 2 mal massiv dazu auf jetzt besser zu gehen. Das tat er dann auch, er schaute nochmals zu mir und ging unter „Scheiss System!" rufe zu seinem PKW und fuhr davon!

Fallt nicht auf Anquatschversuche rein, redet mit diesen Leuten nichts, und macht solche Anquatschversuche öffentlich. Versucht euch an möglichst viele Details zu erinnern und gebt diese weiter.

Ernst Zündel nach Deutschland abgeschoben!

Von: Christian Worch – 01.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=370

Der Deutsch-Kanadier und weltweit führende Revisionist Ernst Zündel ist heute aus Kanada in die BRD abgeschoben worden; nach Berichten mehrerer Medien wird sein Eintreffen gegen 22.00 Uhr am heutigen Dienstag, dem 1. März, in Frankfurt erwartet. Er soll von dort nach Mannheim gebracht und dort dem Haftrichter vorgeführt werden.

Vor allem politischen Aktivisten der jüngeren Generation ist Ernst Zündel vielleicht nur vage bekannt; daher hier ein kurzer Überblick:

Er erlebte das Kriegsende als etwa Fünfjähriger. Diese früh prägenden Erinnerungen sowie die Erinnerungen an die schweren ersten Nachkriegsjahre – beispielsweise mit dem brutalen Hungerwinter 1947 – machten aus Ernst Zündel einen Pazifisten. Als die BRD sich 1955 wiederbewaffnete, entschloß er sich zur Auswanderung, um keinen Wehr- bzw. Kriegsdienst leisten zu müssen. 1958, 17 Jahre alt, ging der gelernte Graphiker und Retuscheur nach Kanada. Dort etablierte er sich in seinem erlernten Beruf sehr erfolgreich. Er gewann mehrere Kunst-Preise und leitete zeitweilig einen eigenen graphischen Betrieb mit 35 Mitarbeitern. Auch heiratete Ernst Zündel; meiner Erinnerung nach eine Franko-Kanadierin; aus der Ehe gingen zwei Söhne hervor.

Nachdem er alles erreicht hatte, was ein Mann, ein Künstler und ein erfolgreicher mittelständischer Unternehmer im Leben erreichen konnte, erkrankte Ernst Zündel schwer an Krebs; die Ärzte gaben ihm eine Lebenserwartung von weniger als einem halben Jahr. Dieser schwere Einschnitt war für ihn, damals Mitte der 30-er Jahre, wie ein Wink des Schicksals. Auf geradezu wundersame Weise (Spontanremission) geheilt, beschloß er, sich künftig nicht mehr nur seinen privaten und beruflichen Angelegenheiten zu widmen, sondern im fernen Kanada ein Vorkämpfer für sein Volk zu werden.

Ich hörte von Ernst Zündel, kurz nachdem ich selbst im Frühjahr 1977 politisch aktiv geworden war.

Anfänglich hatten wir ein eher unterkühltes Verhältnis zueinander, da er das offensive Auftreten von Nationalsozialisten der jüngeren Generation als kontraproduktiv ablehnte; wir hingegen waren der Meinung, daß er als Auslandsdeutscher die inländische politische Entwicklung und ihre Notwendigkeiten und Anforderungen nicht richtig beurteilen könnte. Als er mit Blick auf Michael Kühnen in einem seiner Rundbriefe sehr offen Stellung nahm, schrieb ich an ihn; daraus entwickelte sich eine lange und fruchtbare Korrespondenz, in der wir – mit der Altersdifferenz von fast einer Generation und in sehr verschiedenen Ländern lebend – einander besser zu verstehen begannen.

Wann ich Ernst Zündel das erste Mal persönlich begegnet bin, kann ich nicht mehr genau sagen – ich glaube, es war im November 1989 anläßlich einer Tagung des inzwischen verstorbenen Thies Christophersen im elsässischen Haguneau (Hagenau). Es war ein Tag nach dem Mauerfall. Nach der Begrüßung war der erste Satz, den ich sagte: „Was gestern geschehen ist, rettet Helmut Kohl für eine weitere Legislaturperiode die Kanzlerschaft!" – Ernst lachte und sagte: „Genau das wollte ich auch gerade sagen!"

Ich habe Ernst Zündel kennen und schätzen gelernt als einen Mann von klarem, nüchternen Verstand, von sehr rascher Auffassungsgabe und vor allem von einem heutzutage sehr seltenen politischen Instinkt. Ich habe ihn auch als einen herausragenden Künstler kennengelernt – im Besitz meiner inzwischen geschiedenen Frau ist noch immer ein wundervolles kleines Bild im japanischen Stil, das er für uns malte. – Ich habe Ernst Zündel auch kennengelernt als einen Mann von pazifistischer Grundeinstellung, der sich als Realist aber trotzdem der Gegenwärtigkeit von Gewalt bewußt war, und der, obwohl selbst entschlossen, niemals Gewalt anzuwenden, immer bereit war, sich feindlicher Gewalt zu stellen. Als einen Mann, der die geistige Auseinandersetzung gesucht und mit Leidenschaft betrieben hat. Als einen Kämpfer des Geistes.

In der Zeit nach dem Mauerfall war Ernst Zündel häufiger in Deutschland. Er war bei einigen dieser Gelegenheit auch Gastfreund in meinem Hause; daß es zu einer wechselseitigen Gastfreundschaft nicht kam, liegt nur daran, daß ich seit meiner Kindheit nicht mehr in Kanada war.

In dieser Zeit hatte Ernst Zündel den Revisionismus in einer Weise vorangetrieben, die man nur mit dem Quantensprung in der Physik vergleichen kann. Er hatte den us-amerikanischen Exekutions- und Gaskammerexperten Fred Leuchter in die Ruinen von Auschwitz geschickt, um die dortigen Gaskammern begutachten zu lassen. Die Expertise von Leuchter, unter dem Titel „der Leuchter Report" weltweit bekannt geworden, hat einen Historiker vom Range David Irvings von der Sache des Revisionismus überzeugt.

Zwischen den Revisionisten und der politischen „Szene", der ich angehöre, gab es immer Überschneidungen; allerdings auch gravierende Unterschiede. Trotzdem war die Arbeit der Revisionisten natürlich auch von teilweise bedeutsamer politischer Auswirkung. Das führte unter anderem dazu, daß im Zuge des Deckert-Prozesses der „Volksverhetzungs-Paragraph" (§ 130 StGB) verschärft wurde. Danach waren revisionistische Äußerungen in Deutschland kaum noch möglich. Zündel wurde bei einem seiner Besuche hier in München verhaftet, einige Zeit in Untersuchungshaft genommen und dann zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Seither hat er meines Wissens die BRD nicht mehr besucht, und der persönliche Kontakt wurde umständehalber schwächer. Die Korrespondenz zwischen uns blieb allerdings für einige Jahre noch bestehen, auch wenn sie langsam geringer wurde. Für mich war es immer sehr wertvoll, seine Ansichten und Einschätzungen über Vorgänge im angelsächsischen (speziell nordamerikanischen) Raum zu hören, während er großen Wert auf meine Beurteilung politischer und auch psycho-sozialer Ereignisse in seiner alten Heimat Deutschland legte.

Ernst Zündel war in seiner neuen Heimat Kanada vielfach politischer Pression ausgesetzt; man muß schon sagen, politischer Verfolgung. Wegen seiner Ansichten über die Ereignisse in den Jahren 1933 bis 1945, namentlich im Zusammenhang mit der Massentötung von Juden, wurde er in Kanada angeklagt. Weil es in Kanada keine politischen Paragraphen gibt, die den deutschen Sondergesetzen entsprechen, wurde er nach einem Gesetz aus dem Mittelalter angeklagt, dem „false-news-law", das die Verbreitung falscher Nachrichten unter Strafe stellt. Durch seinen Prozeß wurde dieses recht altertümliche Gesetz vom höchsten Gericht Kanadas für verfassungswidrig erkannt; Zündel gewann seinen Prozeß glanzvoll. Er hat damit in Kanada Rechtsgeschichte geschrieben.

Soweit man es aus bundesdeutscher Sicht beurteilen konnte, schien es

danach eine Weile eher ruhig um ihn zu werden. Diese Sichtweise aber mag täuschen; denn dem Revisionismus war in der BRD durch die Verschärfung des § 130 StGB ein höchst wirkungsvoller Maulkorb angelegt worden.

Erbnst Zündels erste Ehe war auf Betreiben seiner Frau geschieden worden; als seine politischen Aktivitäten zu Repression führten, trennte sie sich von ihm. Zündel heiratete einige Jahre später ein zweites Mal, eine politische Aktivistin. Deren Standvermögen war dem seinen aber nicht annähernd ebenbürtig; daher scheiterte diese zweite Ehe. In seinen späteren Jahren heiratete Ernst Zündel die deutschstämmige US-Bürgerin Dr. Ingrid Rimland-Zündel (geborene Rimland). Sie betreute als Computer-Expertin die Zundelsite, mit der er seine Anhänger und andere Interessierte weltweit über seine Ansichten unterrichtete.

Im Jahre 2000 versuchte der kanadische Staat, Zündel zu zwingen, die Zundelsite einzustellen.

Diesem Druck wich Ernst Zündel aus, indem er sich in die USA zu seiner Ehefrau begab; zunächst mit einem Touristenvisum und zugleich mit dem Antrag auf Daueraufenthaltsrecht bzw. Einbürgerung.

Da eine Vorladung für eine Anhörung vor der Einwanderungskommission ihn nicht erreichte, wurde er verhaftet. Dies ist ein völlig unübliches Vorgehen; denn üblicherweise wird in solchen Fällen einfach ein neuer, zeitnaher Termin anberaumt. Aber inzwischen hatte der 11. September 2001 stattgefunden, und die USA ebenso wie das benachbarte Land Kanada hatten ihre Gesetze stark verschärft. In einem einer Entführung ähnlichen Akt wurde Zündel von amerikanischen Beamten nach Kanada verbracht und dort – natürlich.... – sofort verhaftet.

Ernst Zündel hatte in den 42 Jahren, die er in Kanada gelebt hat (von 1958 bis 2000), den Status eines sogenannten „landed immigrant" erworben, aber NICHT die kanadische Staatsangehörigkeit; er war und ist weiterhin deutscher Staatsangehöriger.

Da Kanada ihn als „Risiko für die nationale Sicherheit" bezeichnete und ihn in die BRD abschieben wollte, wehrte er sich vor Gericht. Die Besonderheiten dieses Verfahrens nach angelsächsischem Recht darlegen zu wollen, würde jetzt im Moment ein wenig zu weit führen. Es sei nur soviel gesagt, es ist nicht nur nach deutschem Rechtsverständnis abenteuerlich gewesen. Ernst Zündel hat es unter den fragwürdigsten Umständen verloren und ist jetzt gegen seinen Willen in der BRD, wo er mit einem Haftbefehl und einer Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren zu rechnen hat; man wird davon ausgehen müssen, daß er – ähnlich wie Gerhard Lauck – zu mindestens vier Jahren verurteilt werden wird. Ein Mann von 65 Jahre, nur am Rande erwähnt, der bereits zwei Jahre und ein paar Tage Haft hinter sich hat (die wahrscheinlich in Deutschland nicht angerechnet werden können bzw. müssen).

Eine Nebenfolge seiner Abschiebung und der hier zu erwartenden Verhaftung und Verurteilung ist, daß er möglicherweise für den Rest seines oder ihres Lebens seine Frau Ingrid nicht mehr wiedersehen wird. Sie ist US-Bürgerin. Sie ist die „technische Direktorin" der Zundelsite, die in der BRD strafbar ist. Er hat ein Einreiseverbot für zwanzig Jahre in die USA. Sie kann die BRD nicht besuchen, ohne daß sie mit sofortiger Verhaftung und gleichfalls Verurteilung von bis zu fünf Jahren rechnen muß. Die Ausweisung Zündels aus Kanada und die bundesdeutschen Gesetze führen also dazu, daß Eheleute einander für den Rest ihres Lebens nicht mehr sehen können oder sich – was sich nun rein finanziell ja auch nicht jeder leisten kann! – höchstens noch auf „neutralem Territorium" außerhalb der USA, Kanadas und der Europäischen Union begegnen können!

Es ist ein Skandal, und es ist exemplarisch!

An Ernst Zündel – und mittelbar auch an seiner Frau Dr. Ingrid Rimland-Zündel – soll ein Exempel statuiert werden, eine drastische Warnung, nicht seine Überzeugung zu verbreiten, wenn sie gegen den weltweiten „Mainstream" der westlich geprägten Globalisierung ist; ein Generalangriff auf das Recht freier Meinungsäußerung. Und das sowohl im „freisten Staat, den wir je auf deutschem Boden hatten", als auch in angelsächsischen Ländern, die sich als gewissermaßen der Hort und die Geburtsstätte des „free-speech-rights" (Recht auf Freie Rede) ansehen.

Ein Exemplar – und ein Skandal.

Ein Angriff auf die Freiheit schlechthin. Und ein Angriff auf traditionelle abendländische Werte wie das Institut der christlich geprägten Ehe!

Der Fall Ernst Zündel verdient nicht nur aufmerksamste Beobachtung, er verdient auch Solidarität und Empörung über diese Art des Vorgehens, diese Art, Menschen abzustrafen, zu verfolgen, zu unterdrücken und ihre Existenz zu vernichten, die eine abweichende Meinung vertreten.

Er verdient, sich an Voltaire zu erinnern, den Philosophen der Aufklärung und persönlichen Freund von Friedrich II von Preußen, dem „Alten Fritz", der sagte: „Ich lehne ihre Meinung ab und werde sie bekämpfen, wo immer ich kann; aber für Ihr Recht, Ihre Meinung zu äußern, würde ich nötigenfalls auch auf die Barrikaden gehen!"

Wir werden nicht gewaltsam auf die Barrikaden gehen. Das wäre nicht im Sinne des Pazifisten Ernst Zündel, der die Heimat Deutschland verließ, weil er keinen Kriegs- bzw. Wehrdienst leisten wollte, weil er Krieg verabscheut. – Aber wir werden unsere Meinung vertreten. Und das Recht darauf, unsere Meinung zu äußern. Und das Recht eines Ernst Zündel, seine Meinung zu vertreten. – Er ist in der Einsamkeit, in der Dunkelheit und der Kälte seiner Gefängniszelle nicht allein. Mit ihm sitzt die Freiheit hinter Gittern.

Und wir werden da sein, wo die Freiheit ist!

Repressionen im Weserbergland

Von: KS Weserbergland – 01.03.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=364

Auch im Schaumburger Land zeichnete sich in den letzten Wochen und Monaten eine erhöhte Aktivität von Seiten der staatlichen Repressionsbehörden ab. So wurden schon im letzten Quartal des vergangenen Kampfjahres die ersten zwielichtigen Gestalten gesichtet, die in amateurhafter Weise versuchten, einige unserer damaligen Veranstaltungen zu "beschatten". Kurze Zeit später tauchten diese Herren dann auch in der Wirtschaft eines uns wohlgesonnenen Gastwirtes auf, um diesen über unsere „Machenschaften" aufzuklären. Hier kam es schon zu ersten Ausfragungen, die aber weitestgehend Fruchtlos blieben. Angesichts dessen wurde nun zu Repressionsmaßnahmen gegriffen, die letztlich mit der Androhung einer Wirtschaftsprüfung gipfelten. Angesichts dieser willkürlichen und für unseren angeblichen Rechtsstaat doch sehr fragwürdigen Maßnahmen warf der Wirt nun doch das Handtuch, so daß wir inzwischen auf eine andere Lokalität ausweichen mussten.

Zu einem weiteren Vorfall kam es Anfang diesen Jahres. Ein junger Wehrdienstleistender, der nur am Rande mit einigen Personen aus dem nationalen Widerstand zu tun hat, wurde ebenfalls von zwei Staatsbediensteten angesprochen. Dem jungen Mann wurde angedroht, daß eine aktive Beteiligung im nationalen Widerstand seiner geplanten Laufbahn als Zeitsoldat im Wege stehen würde. Des weiteren wurden ihm 100 € angeboten. Hiermit solle er versuchen von einigen, namentlich genannten Aktivisten illegale CD`s zu kaufen und diese dann dem hiesigen Staatsschutz vorzulegen. Hier sieht man mal wieder nur zu deutlich, wie staatliche Organe mit höchst fragwürdigen Machenschaften versuchen, die nationale Opposition zu Kriminalisieren. Auch in diesem Fall verliefen die spärlichen Versuche der Staatsbüttel allerdings im Sande.

Doch die nimmermüden Streiter für den von Ihrem obersten Feldherren ausgerufenen "Aufstand der Anständigen" liessen nicht locker. So tauchten auf dem Firmengelände des

Arbeitgebers eines noch relativ jungen Aktivisten wieder rum zwei Herren auf, die sich als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes auswiesen. Deart überrumpelt stimmte das ausgewählte Opfer vorerst einem Gespräch in einem nahegelegenen Lokal zu, was zwar generell vehement zu verhindern ist, in diesem Fall aber zumindest näheren Aufschluß über die Hauptaugenmerke der staatlichen Beobachtungs- & Schnüffelversuche gab.

So ziehlten die Fragen der Beamten doch Hauptsächlich auf den gerade neu in Schaumburg gegründeten NPD Kreisverband und dessen Strukturen und Funktionsträgern sowie deren Zusammenarbeit mit der Kameradschaft Weserbergland sowie mit anderen Aktionsgruppen und Kreisverbänden der Region Ostwestfalen und Hannover hin. Wiederrum merkten die Beamten schnell, daß sie sich mit ihren Frage & Antwort Spielchen im Kreis drehten und dem Kameraden keinerlei Informationen entlocken konnten, außer dem Hinweis, daß man den Netzseiten der betreffenden Gruppierungen alle nötigen Informationen entnehmen könne. Es folgten die üblichen Einschüchterungversuche. So wurde der Kamerad gefragt, wie denn Wohl sein Arbeitgeber reagieren würde, wenn er von seinen Aktivitäten in der "rechtsextremen Szene" erfahren würde. Davon liess sich der Kamerad jedoch nicht beeindrucken, erklärte das Gespräch für beendet und äußerte nachdrücklich, daß er nicht nochmal belästigt werden möchte. Zu Hause angekommen brachte er sogleich ein Gedächnisprotokoll zu Papier und meldete den Vorfall seinen Kameraden vor Ort.

Schlußfolgernd möchten wir diesen Bericht mit der Feststellung abschliessen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Wir sind der Stachel im Arsch des Systems. Eine wichtige Aufgabe für uns ist es, gerade jüngere Kameraden und Kameradinnen von vornherein auf die Machenschaften der Repressionsaparate hinzuweisen und ihnen aufzuzeigen, wie sie damit umzugehen haben.

Reden ist Silber - Schweigen ist Gold!
Die nationale Opposition lässt sich nicht Kriminalisieren.

Bush war da - Wir auch!

Von: Der Fahnenträger – 28.02.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=360

Auch wenn es die Antifaschistischen Teilnehmer der Anti-Bush-Proteste nicht glauben wollen: Wir waren dabei! Wir, das war eine kleine Gruppe sozialistischer Aktivisten aus dem Norden, die am 23.02.2005 gegen Mittag in der Festung Mainz eintrafen um den König des Imperialismus zu begrüßen. Was wir dort sahen entsprach allem was man in den Medien in den Wochen zuvor lesen und sehen konnte. Mainz war eine Geisterstadt. An jeder Ecke ein Polizeiauto. Züge wurden gestoppt, Autobahnen gesperrt, Gullideckel zugeschweißt, die Innenstadt in eine Sicherheitszone verwandelt. Um so glücklicher waren wir das man trotz allem in die Stadt reisen konnte um sein recht auf Versammlungsfreiheit wahrzunehmen.

So standen wir nun mitten im Pulk von Punks, Attac-Anhängern, Alt-Kommunisten, Pazifisten, Antifaschisten, Anarchosyndikalisten und allem was sich sonst noch so im „linken" Lager tummelt. Leider war festzustellen das auch die politische Protestbewegung von erlebnissüchtigen „Kids" heimgesucht wird die einfach nur mal betrunken oder bekifft ein Anti-Bush-Plakat tragen wollten. So war es nicht verwunderlich das die Demo wenig mit revolutionären Protesten zu tun hatte und mehr als Parade für zerstörte linke Existenzen erhalten mußte.

Der Demonstrationszug fand sich dann pünktlich um 14.00 Uhr am Bahnhof ein. Ein riesiger Mob (es sollen um die 12.000 Menschen gewesen sein) der bestückt mit zahlreichen Transparenten, Fahnen und Plakaten einen recht guten Eindruck machte, zog nun langsam durch die Stadt. Üblichweise wurde nicht in „fester Formation" gelaufen sondern die gesamte Straßenbreite genutzt. Mit Trillerpfeifen und lauter Musik weckte mach so manchen Mainzer der sich noch in der Geisterstadt befand und aus Angst vor Scharfschützen und völlig überzogenen Sicherheitsmaßnahmen lieber vor dem Fernseher Platz nahm. Wenn man als Demonstrant vorwiegend auf Demonstrationen des Nationalen Widerstandes zu Besuch war ist solch ein „alternativer" Protestmarsch eine gelungene Abwechslung.

Allerdings bot der Friedensmarsch nichts was ihn auch nur annähernd interessant machen könnte für einen Pressebericht ähnlich wie in Brüssel. Die Bilder der Proteste aus der belgischen Stadt gingen um die ganze Welt und haben gezeigt wie sehr man sich dort gegen die Kriegspolitik der USA zur Wehr setzt. Wenn man sieht wie junge Menschen ihrem Protest Luft machen und dabei keine Rücksicht nehmen auf körperliche Unversehrtheit und eventuelle Strafverfolgung ist das für den ein oder anderen schon beeindruckend. Es geht dabei nicht um sinnlose Gewalt aber wenn die „Linke" nicht in der Lage ist bei wirklichen politischen Themen ihre sonst so „spürbare" Militanz darzustellen dann ist das mehr als traurig und zeigt das man über den plumpen Antifaschismus nicht hinauskommt.

Natürlich war eine eine Menge an Aktionskunst zu sehen. Man spielte WTOpoly, die Verhältnisse von Guantanamo wurden inszeniert und selbst ein Panzer mitsamt dem "El Presidente" fuhr vor. Leider wohl auch das einzige was das Aufsehen der Öffentlichkeit erregte. Von Polizeilichen Repressionen haben wir als Zugreisende nichts mitbekommen. Laut Berichten von indymedia gab es allerdings massive Kontrollen, Beschlagnahmungen und einzelne Hausdurchsuchungen im Vorfeld der Proteste. Bleibt nur zu hoffen daß man im nachhinein entsprechend gegen die Schikane seitens der Systempolizei vorgeht.

Die polizeilichen Auflagen untersagten die Bezeichnung Bushs als Mörder und das tragen von Pappen mit der Aufschrift er sei der Terrorist Nr.1. Von den Teilnehmern wurde diese belächelt und das vorlesen der Auflagen mit einem „Mörder, Mörder" Ruf übertönt. Die besonders auffällige Fahne der reaktionären und scheinbar degenerierten Kommunisten der MLKP (Marxistisch Leninistischen Kommunistischen Partei) waren in nicht unerheblichem Maß vertreten. Sie erinnert genau wie das Programm der Partei an den Sowjetkommunismus und zeigen uns das es im linken Lager genauso verbohrte und Ewiggestrige Dogmatiker zu geben scheint wie es im Nationalen Widerstand der Fall ist. Bleibt nur zu hoffen das hüben wie drüben jegliche menschenfeindlichen Weltanschauungen irgendwann als das erkannt werden was sie sind – nicht mehr politikfähige Relikte aus vergangenen Zeiten. Das Hoch auf die Internationale Solidarität durfte auf dieser Demonstration auch nicht fehlen und selbst der Autor des Textes stimmte bei dieser Parole guten Gewissens mit ein. Schließlich stehen wir in internationaler Solidarität hinter den Unterdrückten Nationen in aller Welt. Seien es nun Basken, Iren, Iraker, Palästinenser oder die Unterdrückten Völker Südamerikas wir stehen in Solidarität hinter ihnen und begrüßen die befreiungsnationalistischen Bewegungen in diesen und anderen Ländern. Deshalb:

Hoch die internationale Solidarität!

Spontandemo durch Staatsmacht gestoppt und aufgelöst

Von: AB Norddeutschland – 28.02.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=355

Ein für den 26.02.2005 geplantes Konzert der Band "Kategorie C" in der Bardowicker "Event Fabrik" (ehemals "Magic") wurde durch politischen Gesinnungsterror verhindert. Etablierte Politiker des Kreistages und ihre linkskriminelle Fußtruppe von der Antifa setzten den Besitzer unter Druck und hetzten auch gleich zahlreiche weitere Besitzer von größeren Räumlichkeiten und Diskotheken im Landkreis Lüneburg auf, ihre Lokalitäten nicht an vermeintliche "Rechtsradikale" zu vermieten.

Gegen diese Hetzkampagne wollten die Konzertorganisatoren mit einer angemeldeten Protestdemonstration vorgehen, die am 26.02. in Lüneburg stattfinden sollte. Die Demonstration wurde jedoch wegen "Gewaltaufrufen", die dem Veranstalter zugerechnet wurden, von der Stadt verboten. Das Verwaltungsgericht bestätigte das Verbot am 25.02. und ein weiterführender Rechtskampf wurde als aussichtslos bewertet. Das Verbot war also rechtskräftig.

Umso überraschter dürfte die Polizei wohl gewesen sein, als sich am Mittag des 26.02.2005 rund 60 Musikfreunde in Bardowick (Vorort von Lüneburg) auf dem Parkplatz der "Event Fabrik" (ehemals "Magic") einfanden, um ganz spontan gegen das Demoverbot zu protestieren. Passenderweise eben genau an dem Ort, wo das Konzert eigentlich stattfinden sollte. Es formierte sich ein Demonstrationszug, der es immerhin auf die Straße schaffte. Dann jedoch war ein erhebliches Bullenaufgebot herangerückt, das die Demonstration stoppte und die Demonstranten einkesselte. Es folgte die übliche Schikane: Personalienkontrollen und nachfolgend Platzverweise. Die Antifanten hatten durchaus rechtzeitig von dieser Aktion erfahren, mochten aber nicht nach Bardowick kommen. In der Innenstadt war es wohl gemütlicher für sie, obwohl es auch dort nicht ganz ungefährlich für manchen "Genossen" gewesen sein soll.

Es ist erfreulich, daß das staatliche Verbot den Protest nicht vollständig unterdrücken konnte. Auch wenn die Spontandemo nicht allzu weit gekommen ist, war es auf jeden Fall ein richtiges Zeichen, direkt vor der Diskothek zu protestieren, wo das Konzert nicht mehr stattfinden konnte, weil der Besitzer sich hatte einschüchtern lassen.

Bericht zur Demo in Bützow (bei Rostock)

Von: Christian Worch – 27.02.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=356

Am gestrigen Sonnabend, dem 26. Febraur, fand in Bützow (nahe Rostock) eine Demonstration zum Thema „schützt unsere Kinder“ statt (Anti-Kinderschänder-Demonstration).
Während beim Abmarsch am Bahnhof 171 Teilnehmer gezählt werden konnten, waren es nach der zweiten Zwischenkundgebung im Innenstadtbereich 189 und damit gut zehn Prozent mehr. Und Anwohner schlossen sich nicht nur dem Demonstrationszug an, sondern bekundeten vielfach längs der Strecke teils offene Sympathie, zumindest aber wohlwollend-neutrales Interesse.
Hilfreich dafür war natürlich auch, daß das Polizeiaufgebot nicht ganz den üblichen martialischen Umfang hatte; trotz einer Gegendemonstration war die Zugbegleitung selbst nicht so umfangreich, daß der Eindruck des unbeliebten „Wanderkessels“ entstanden wäre.

Die Gegendemonstration, die sich vor allem gegenüber des Marktplatzes lautstark manifestierte, hatte in etwa die gleiche Zahlenstärke wie unsere Demonstration. Angesichts sehr intensiver Werbung und auch massiver Unterstützung der Stadt erscheint das eher wenig. Dafür hatten Stadt und linksradikale bis gutmenschliche Kreise sich mit der optischen Werbung sehr viel Mühe gegeben. Überall längs der Wegstrecke hingen Plakate in der beliebten „bunt-statt-braun“-Aufmachung. Kostensparend hatte man hierzu solche aus Rostock verwendet und nur den Städtenamen Rostock duch Bützow überklebt.... Gleichfalls aus Rostocker Bestand dürften Banner gewesen sein, die u.a. am Rathaus hingen und sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz aussprachen. Irgendwie paßten sie nicht ganz zum Thema....

Ungeachtet dessen, daß sie sich lautstark äußerten, waren die Gegendemonstranten ansonsten ganz überwiegend friedlich; nach meiner Beobachtung flog ein einsames Ei in unsere Richtung. Von schwerwiegenderern Zwischenfällen oder von Festnahmen ist mir nichts bekanntgeworden.

Auf der Veranstaltung traten als Redner auf Robert Rupprecht (Stralsund), Alexander Hohensee (Hamburg) sowie meine Wenigkeit.

Obwohl der Wetterbericht für Mecklenburg-Vorpommern neben Temperaturen um den Nullpunkt herum den ganzen Tag über Schnee bzw. Schneeregen angekündigt hatte und obwohl diese Ankündigung sich während der Anfahrt und der Abfahrt voll bewahrheitete, blieb es während der Aufstellungsphase für die Demonstration und während der Veranstaltung selbst angenehmerweise trocken. Man könnte mithin sagen, wir hatten uns sogar eigenes gutes Wetter mitgebracht....

Eisenach: Über Sozialproteste und staatstragende Narren

Von: Aktionsbüro Thüringen – 26.02.2005
+ www.freier-widerstand.net/text.php?id=353

Wie auch in den letzten Wochen und Monaten fanden in den vergangenen drei Wochen wieder nationale Montagsdemonstrationen in Eisenach statt. Der lange Atem des Eisenacher Widerstandes bringt zunehmende Sympathie bei der Bevölkerung ein, auch wenn sich diese noch nicht auf die Straße mobilisieren lassen. Der Sinneswandel bei vielen Eisenachern lässt sich allerdings an Bekundungen in vielen Gesprächen festmachen. Nur leider ist es noch immer eine Tatsache, das viele Menschen die Hoffnung auf Verbesserungen einfach verloren haben oder der systematischen Erziehung zur Politikverdrossenheit zum Opfer gefallen sind. Daher ist es nach monatelanger Kampagne noch immer nicht dazu gekommen, dass, außer den wenigen Idealisten, mehr Menschen auf den Straßen Eisenachs Widerstand leisten.

Behauptungen das, die Kundgebungen vom sog. „Bündnis gegen Sozialkahlschlag“ besser besucht seien sind allerdings blanke Lügen, die nur über die lokale Presse verbreitet werden, die immer wieder gerne als willfährige Lobby den kommunistischen Kräften Eisenachs dient.

Die Leiter der Eisenacher Kampagne „Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“ sind sich allerdings

Die Themen unserer Demonstrationen waren wieder von Aktualitäten bestimmt.

Am Montag, den 31. Januar war die widerliche Arroganz der etablierten Politbonzen Hauptthema der Kundgebung auf dem Johannisplatz. Der SPD – Bundestagsabgeordnete Klaus Brandner, der über monatliche Bezüge von über 10.000 Euro verfügt, gab nämlich in einem Interview zu verstehen, das er freilich mit den 331 bzw. 345 Euro Arbeitslosengeld II zurechtkommen würde. Ihm sei das nicht zu wenig. Ganz nach dem Motto „Wer hat, der hat“ äußern sich auch lokale Politiker der SPD im Wartburgkreis. Der SPD-Stadtratfraktionsvorsitzende Matthias Doht äußerte nämlich auf dem Neujahresempfang der Eisenacher SPD, das die Deutschen bisher über ihren Verhältnissen lebten und der Reformkurs der Regierenden notwendig war und ist.

Eine Äußerung die uns während der Kundgebung feststellen ließ, das Doht und Genossen wohl mit geschlossenen Augen und Ohren durch Eisenach und Thüringen gehen. Derzeit spielt man Opposition, wenn es um die Kürzungspläne im kommunalen Bereich des Landes Thüringen geht, die letztendlich auch nur dem Bürger schaden und da konstatiert man abgehoben, die Deutschen leben über ihre Verhältnisse. Ein beispielhaftes Verhalten, das belegt, das die Diskussionen um Reformen, Kürzungen und Anderes in den Parlamenten reine Theaterspektakel sind.

Die Kundgebung verlief insgesamt störungsfrei.

Am Rosenmontag, den 7. Februar waren wir wieder auf dem Markt um vor allem die bis dahin bekannt gewordenen Horrorzahlen aus der Arbeitslosenstatistik zu thematisieren.

Das taten wir auch ungestört, wobei das sog. „Bündnis gegen Rechts“ meinte, sich am Rosenmontag etwas ganz außergewöhnliches einfallen lassen zu müssen. Die Bündnissler, die sich aus

dem ein oder anderem Christen, Politiker etablierter Parteien wie Gisela Rexrodt und Stefan Schweßinger und ein paar wohlhabenden Bürgern zusammensetzten kleideten sich nämlich ihrer Anschauungen gemäß. Und zwar als Narren. Offenbar meinte man damit etwas ganz besonders originelles zu tun, aber viele wussten sofort, das diese Aktion nur abgekupfert war. Die als ebensolche verkleideten Narren lauschten zunächst stillschweigend unserer Kundgebung, wo sie mit den Worten begrüßt worden, das man sich nicht hätte verkleiden müssen da doch sowieso fast jeder weiß, was sie sind. Man begann dann eine Bolognese und sang „Wir ham genug von dem Nazikäse, darum geht sie los unsre Bolognese....". Und damit verschwand man auch von unserem Marktplatz.

Wir formierten uns zum Demonstrationszug und begannen sofort zu skandieren „Rosenmontag ist nicht unser Schontag", „Jetzt ist Schluss – Widerstand wird Muss", „Clement, Eichel, Schröder sind alles Volksverblöder", „Der Ami führt bald wieder Krieg, deutsches Geld hilft mit zum Sieg" oder auch dem Anlass entsprechend „Hey ihr Linken es wird Zeit, macht Platz für die Einigkeit". Spontan schlossen sich diesmal auch wieder eine handvoll Bürger an.

Als der Marschzug über den Karlsplatz zog sah man dann auch das selbsternannte „Bündnis gegen Sozialkahlschlag" das schon lange den Protest gegen Agenda 2010 und Hartz IV aufgegeben hat und auch an diesem Tag nur darauf besinnt war, den Krieg der Gesinnung weiterzuführen. Kein Wort vom sozialen Kahlschlag fiel bei denen, die meinen den Protest für sich allein gepachtet zu haben. Das fällt natürlich auch dem wachen Bürger auf und so blieben die Marxisten auch an diesem Tag unter sich und ihren rotverzogenen Familien.

Wider am Marktplatz angekommen versammelte sich auch diese Truppe dort und bescherte und durch sinnlose „Nazis Raus" – Rufe ein doppeltes Maß an Aufmerksamkeit. Der Eisenacher Bürger und Redner Patrick Wieschke beschäftigte sich nur nebenbei rhetorisch mit den MLPD-Aktivisten und ging weiter auf die Massenarbeitslosigkeit ein. Er nannte Fakten und Einzelbeispiele die belegen, das der angesagte Kampf gegen die Arbeitslosigkeit der sog. Volksvertreter nur eine leere Worthülse ist. Man tue genau das Gegenteil indem man es unterlässt die arbeitsplatzvernichtenden Auslandsverlagerungen zu verhindern, zulasse das die Deutsche Bank trotz Milliardengewinnen wahrscheinlich Stellen abbaue, die Tatsache hinnimmt das Arbeitsagenturen Arbeitslose nicht wirklich fördern sondern nur fordern usw. usf.

Auch diese Demonstration ging erfolgreich und ohne nennenswerte Zwischenfälle zuende.

Am Montag, den 14. Februar gab es dann wieder eine stationäre Kundgebung auf dem Johannisplatz. Thema diesmal wieder einmal die Auslandsverlagerungen.

Auch die in Eisenach und Krauthausen ansässige Mitec AG plant noch in diesem Jahr ein Neuwerk im Baltikum zu eröffnen und ab dem Jahr 2006 auch in China zu produzieren. Mitec-Chef Dr. Militzer faselt davon, das diese Maßnahmen dem Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region diene und die Stabilität des Unternehmens gewährleiste. Doch fast im gleichen Atemzug gibt er bekannt, das es wohl doch einige wenige treffen werde. Damit gibt Militzer zu, das seinen Globalisierenden Maßnahmen deutsche Arbeitsplätze zum Opfer fallen.

Begründet und legitimiert wird das damit, das man doch mit dem Markt mithalten müsse und man Angst davor habe, Aufträge zu verlieren. Nun fragen wir uns und die Bürger, wie Mitec es bisher über die Runden gebracht hat, um nun nach Jahren der Globalisierung bekannt zugeben, man könne gar nicht mehr anders.

Es ist ja inzwischen eine bekannte Tatsache, das allein in den nächsten Jahren durch Auslandsverlagerungen deutscher Unternehmen mehr als 760000 deutsche Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Mitec AG ist ein solches Beispiel. Zugrunde liegt unserer Meinung nach nicht das Interesse an der Stabilität des Unternehmens und schon gar nicht am Erhalt von Arbeitsplätzen, sondern einzig und allein an der Profitsteigerung im Sinne der menschenfeindlichen Globalisierung.

Wir haben damit wieder einmal bewiesen, das wir den Protest an grundsätzlichen Dingen ausrichten und nicht wie andere einfache Reformen und oberflächliche Veränderungen einklagen.

Mit der Kundgebung und den angeprangerten Problemen stellten wir gleichsam folgende Forderungen in die Öffentlichkeit:

- Gesetz gegen Auslandsverlagerungen
- Stopp und Rückgängigmachung aller Privatisierungen
- Banken, Versicherungen und Schlüsselindustrien verstaatlichen
- Regions- und gebietsbezogene Wirtschaftspolitik
- Förderung des Mittelstandes in jeder Region als Bekämpfungsmaßnahme gegen Auslandsverlagerung
- Die deutsche Wirtschaft muss wieder einzig und allein die Eigenwirtschaft des Volkes sein
- Der Markt darf kein Zweck sondern Mittel der deutschen Wirtschaft sein
- An den richtigen Stellen Milliarden sparen und ausschließlich in die heimische Wirtschaft investieren

Auch diese Kundgebung verlief störungsfrei.

Infos zur Grauzone #2

Der Preis für die zweite Ausgabe liegt – genau wie bei der Ersten – bei *1€* und kann für diesen Preis bei uns per Post (siehe Bestellanschrift) bezogen werden. Um Geld zu sparen empfehlen wir euch Sammelbestellungen aufzugeben, denn ab 10 Ausgaben übernehmen wir das Porto.

Gesendet wird als Büchersendung (der Umschlag wird nicht verschlossen!!!). Wenn ihr lieber einen geschlossenen Umschlag haben wollt (wegen Eltern, Nachbarn etc.) wendet euch bitte per E-Mail an den Bestellservice (Porto wird teurer)!

Ein Text mit allen Informationen zur zweiten Ausgabe der **Grauzone** findet ihr auf unserer Internetseite unter:

www.widerstand.info/text.php?id=353

Preisliste (inkl. Porto)

1 Ausgabe	2€
2 Ausgaben	3€
5 Ausgaben	6€
10 Ausgaben	10€
20 Ausgaben	20€
30 Ausgaben	30€
50 Ausgaben	45€
100 Ausgaben	90€
150 Ausgaben	130€
200 Ausgaben	170€

Jahresabonnement

Jahresabo	20€
Förderabo I	30€
Förderabo II	40€
Förderabo III	50€

V.i.S.d.P.:
Axel W. Reitz
Bonnstr. 12
50129 Bergheim

Bestellanschrift:
FW-Bestellservice
Postfach 1109
17431 Wolgast

bestellservice@freier-widerstand.net

Ebenfalls bestellbar über:
H8Store :: h8store.com
V7 Versand :: v7versand.com
WestVersand :: west-versand.net
WOL Halle :: wol-halle.com

Neben den Versänden ist die **Grauzone** auch auf vielen Demonstrationen erhältlich. Fragt einfach beim Lautsprecherfahrzeug, oder achtet auf entsprechende Hinweise.

Kontakt:
www :: http://freier-widerstand.net
email :: mail@freier-widerstand.net